Nr. 53. Halle a. S., Dienstag den 3. März 1908. 19. Jahrg.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Karr 42/43. Redaktion: Karr 42/43.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennig, für auswärtige Anzeigen 35 Pfennig. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate für die Mittagsnummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Ein Märchen aus alten Zeiten.

II.*)

Nicht durch gutes Zureden haben sich die Arbeitermassen bewegen lassen, an Ideen zu glauben, die jedem echten Bourgeois mit Kinderträume zu sein scheinen, sondern was sie zum Sozialismus trieb, war zunächst die Unzufriedenheit, war der ewig auf ihnen lastende Druck. Daß das Proletariat Grund hat zur Unzufriedenheit, wird ja heute schließlich von den Bourgeois zugegeben. Und in der Tat, wie könnte man das auch leugnen! Greifen wir von den unendlich vielen Leiden des modernen Proletariats nur eines heraus: die Kinderarbeit. Aus den Untersuchungen der englischen Fabrikinspektoren während der 50er und 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts bringt Marx im ersten Bande des „Kapital" eine Fülle von Tatsachen herbei. Wir zitieren daraus nur folgendes:

Wilhelm Wood, 9jährig, war 7 Jahr 10 Monate alt, als er zu arbeiten begann (in den Löpfereien zu Staffordshire). Beginnt jeden Wochentag um 6 Uhr morgens und arbeitet bis ungefähr 9 Uhr abends." — Also 15 Stunden Arbeitszeit für ein 7—8jähriges Kind! Und das war keine Ausnahme, sondern ähnlich so sagten die andern Kinder aus.

Und wie mußten sie arbeiten! Aus der Tapetenfabrikation sagte ein Vater aus:

„Diesen meinen Jungen habe ich, als er 7 Jahre alt war, gewöhnlich auf meinem Rücken hin- und zurück über den Schnee getragen. Er mußte gewöhnlich 16 Stunden arbeiten . . . Oft bin ich niedergekniet, um ihn zu füttern, während er an der Maschine stand, denn er durfte sie nicht verlassen und auch nicht stillstehen."

Wir begnügen uns mit diesen zwei Beispielen, weil uns der Platz fehlt zu größerer Ausführlichkeit, bemerken aber ausdrücklich, daß sie keineswegs Ausnahmen sind. Näheres kann jeder nachlesen bei Marx (Kapital, 1. Band) oder bei Engels „Lage der arbeitenden Klassen in England".

Aber das ist ja lange her, mag man sich trösten; inzwischen sind die Menschen um vieles humaner geworden! Um wie viel, das erfahren wir von Herrn Willougeby, ehemaligem Generalsekretär des Arbeitsministeriums der Vereinigten Staaten. Dieser berichtet in seinem Buche über die „Arbeiterschutzgesetzgebung in den Vereinigten Staaten" von Enthüllungen über die Kinderarbeit in den Baumwollspinnereien der Staaten Alabama, Carolina usw., Enthüllungen, die im Sommer 1908 gemacht wurden:

„Viele dieser kleinen Arbeiter fronden für 10 Cents (= 40 Pfennig) pro Tag und ich kenne solche, die es nur auf 5—6 Cents bringen. Die Arbeit dauert jedoch täglich 12 Stunden, von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends oder von 6 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Um während der letzten Stunden ihrer Qual nicht dem Schlaf zu unterliegen, müssen die Kinder der Nachtschicht von Zeit zu Zeit den Kopf in kaltes Wasser tauchen. In Alabama habe ich ein 7jähriges Kind gesprochen, das soeben 40 Nächte hintereinander gearbeitet hatte . . . In Süd-Carolina, in einer sonst auf das modernste eingerichteten Spinnerei hat Frl. A. ein Kind von 5 Jahren seine 12 Nachtstunden herunter arbeiten sehen . . .

„. . . Zu Huntsville in Alabama verlor im letzten Januar ein 8jähriges Kind im Räderwerk den Zeigefinger und Mittelfinger der rechten Hand. Man zeigte mir einen 7jähr. Arbeiter, der einen Monat früher auf die gleiche Weise den Daumen der linken Hand verloren hatte . . . Ein angesehener Kaufmann in Atlanta hat mir versichert, daß man in den Dörfern der Umgebung dieser Stadt viele Kinder sieht, die an beiden Händen keine Daumen mehr haben, selbst solche, denen alle Finger, und sogar solche, denen beide Hände fehlen: es sind „alte" Arbeiter der Spinnereien . . .

„. . . Ein Arzt aus einer Fabrikstadt hat mir erklärt, daß die Schwindsucht 10 Prozent der in den Spinnereien beschäftigten Kinder vor ihrem 17. Lebensjahr dahinraft."

Ja, das sind die „wilden" Amerikaner! Bei uns in Deutschland kommt so etwas nicht vor. — — Wirklich nicht? Weshalb mußte dann im Jahre 1904 erst das Kinderschutzgesetz geschaffen werden, wenn es keine Kinder zu schützen gab? Man lasse die amtlichen Erhebungen aus dem Jahre 1898, und man wird sehen, daß bei uns das Kapital unter den Kindern gerade so gewütet hat wie in Amerika. Mußten doch in der Sonneberger Spielwarenindustrie Kinder die ganze Nacht hindurch arbeiten! — Aber heute? Nun, in Otto Rühles verdienstvoller Broschüre „Kinderelend", in Käte Dunckers fleißiger Arbeit „Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung" kann man sich unterrichten, wie viel oder wie wenig das Kinderschutzgesetz an diesen Zuständen hat ändern können.

Und das ist, wie gesagt, nur ein einziger, beliebig herausgegriffener Punkt des Proletarierelends. Dazu kommt die Frauenarbeit, die die Familie zerstört und die Säuglinge dem Tode überliefert — sind doch in Chemnitz schon bis zu 79 Prozent der proletarischen Säuglinge in den ersten sechs Lebensmonaten gestorben! Hat man doch in Graz festgestellt, daß von den Säuglingen starben: in den reichen Klassen 0 Proz., im Mittelstand 4 Proz., bei den Unbemittelten 36 Proz., bei den ganz Armen 60 Proz.! — Dazu kommt ferner die stets drohende Arbeitslosigkeit, dazu kommen all die anderen Leiden, die das proletarische Leben drücken.

Der Arbeiter empfindet dieses Elend und vergleicht seine Lage mit der der Reichen. Weshalb brauchen die Kinder der Reichen nicht in die Fabrik zu gehen? Weshalb können die Reichen ihr Leben genießen, selbst wenn sie lange nicht so viel arbeiten? Und nun kommen die sozialistischen Aufklärer und sagen ihm: schuld an deinem Elend ist der Privatbesitz der Produktionsmittel. Das läßt sich gerade bei der Frauen- und Kinderarbeit mit seltener Klarheit beweisen. Hervorgerufen wurden Frauen- und Kinderarbeit durch die Maschine. An sich ist die Maschine ein Mittel, um die Arbeit zu erleichtern, ein Mittel, das uns in den Stand setzt, mit weniger menschlicher Arbeit mehr Produkte zu erzielen; also ein Segen für jedermann. Aber als Privatbesitz des Kapitalisten ist sie ein Fluch für die Arbeiterklasse geworden. Denn dem Kapital ist sie vor allen Dingen ein Mittel, um den Profit zu vergrößern. Der Profit kann aber nur vergrößert werden durch Verkleinerung des Arbeitslohnes. Solange es keine Maschinen gab, mußte das Kapital jedem erwachsenen männlichen Arbeiter so viel zahlen, daß er sich und seine Familie ernähren konnte. Sobald die Maschine vorhanden war, ersah das Kapital, daß Frauen und Kinder sich ihren Unterhalt oder wenigstens einen Teil davon selbst verdienen konnten, und sofort trieb es Frauen und Kinder massenhaft in die Fabriken, indem es die Löhne der Männer um so viel kürzte. Alle diese grauenhaften Folgen der Maschine entspringen also nur dem Umstand, daß sie sich im Privatbesitz befindet.

Zugleich lehrt die historische Beobachtung, daß der wirtschaftliche Fortschritt sich von jeher durch immer weitergehende Zusammenfassung der Arbeitsmittel und der Arbeitskräfte vollzogen hat. Ganz für sich allein hat ja der Mensch überhaupt nie gearbeitet, sondern stets in Gemeinschaft mit anderen. Aber je größer die Zahl der planmäßig zusammenarbeitenden, desto ergiebiger die Arbeit. Die historische Bedeutung des Kapitals, die wir ihm nicht bestreiten, besteht ja gerade darin, daß es die mittelalterlichen Handwerker aus ihren zerstreuten Einzelwerkstätten zu gemeinsamer Arbeit zusammenzog. Klein fing es an und wurde immer größer. Heute ist es im Begriff, wahrhaft gigantische Arbeitermassen zu gemeinsamem Werk zusammenzuballen. Die verbrauchen natürlich auch gigantische Massen von Produktionsmitteln, Massen, die schon längst der Leitung durch ein Einzelkapital entwachsen sind. Die Vergesellschaft der Arbeit vollzieht sich vor unseren Augen, sie ist das ureigenste Werk des Kapitals seit vier Jahrhunderten. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist davon ungertrennlich und geht mit ihr Hand in Hand. Wie töricht also, die Frage nach ihrer „Durchführbarkeit" überhaupt nur aufzuwerfen!

*) Siehe Leitartikel in Nr. 49 des Volksblattes.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 2. März 1908.

Der Reichstag

setzte am Sonnabend die erste Lesung der sozialpolitischen Vorlage fort. Zuerst sprach der dekorierte Diplomlakai Pachnicke, den der Tribünenwitz Lachnicke oder auch Schwachnicke nennt, und erzielte mit dem schönen Satze: Blockpolitik heißt Geltendmachung freisinniger Grundsätze, einen vollen und unbestrittenen Heiterkeitserfolg. Der Reichsparteiler Schmidt-Altenburg schöpfte aus der tiefen Brust eines vierzigfachen Millionärs den Ausspruch: Bei Arbeitergesetzen muß die Regierung mehr auf die Stimme der Unternehmer hören. Der Christlich-soziale Behrens übte bisweilen zutreffende, nirgends einschneidende Kritik und der freisinnige Volksparteiler Manz sprach im Sinne, aber ohne den Phrasenschwulst Pachnickes, d. h. wesentlich zustimmend über die Vorlagen. Der Zentrumsmann Fleischer, der im vorigen Jahre den Reichstag „hochansehnliche Festversammlung" titulierte, entwickelte ein Bezirksvereinspathos, als ob er bei Miemer in die Schule gegangen sei. Genosse Geyer, der als letzter Redner an diesem Tage sprach, schilderte, gestützt auf reiche eigene Erfahrung, und an der Hand wohldurchbearbeiteten Materials, die grauenhaften Zustände, die sich in der Tabakindustrie unter der Herrschaft der Heimarbeit ausgebildet haben. Nur ein völliges Verbot könnte hier helfen, aber nicht die Palliativmittelchen, mit denen die Regierung kommt. Am Montag geht die Debatte weiter.

27] **Die Mutter.** [Nachdr.verb.

Roman von Maxim Gorki. Deutsch von Adolf Heß.

Jetzt glänzte in den Augen des Kleinrussen kaltes Feuer, er hob energisch den Kopf und sprach fester:

„Ich darf nichts, was Schaden bringt, verzeihen, wenn es mir auch nicht schadet. Ich bin nicht allein in der Welt! Heute lasse ich mich kränken und lache vielleicht darüber — es trifft mich ja nicht . . . Aber morgen geht der Beleidiger, der an mir seine Kraft erprobt hat, zu einem anderen, um ihm das Fell über die Ohren zu ziehen . . . Man muß also die Menschen verschieden betrachten, muß sein Herz fest in der Hand behalten, muß wählen: das sind unsere Leute, das sind fremde . . . Das ist wohl richtig, aber nicht tröstlich."

Der Mutter fielen der Offizier und Sascha ein.

Sie meinte seufzend:

„Nicht alle Leute sind aus demselben Teig geknetet."

„Das ist das Leiden!" rief der Kleinrusse. „Man muß das Leben verschieden ansehen . . . Jeder trägt zwei Seelen in der Brust — die eine liebt alles, die andere aber sagt: Halt, das geht nicht! So zerfällt der Mensch in zwei Teile . . ."

„Da—a!" sagte die Mutter. Vor ihrem Gedächtnis stand jetzt die finstere schwere Gestalt ihres Mannes wie ein großer moosbewachsener Stein. Sie stellte sich den Kleinrussen als Gattin Nataschas und ihren Sohn mit Sascha verheiratet vor . . .

„Und woher kommt das?" fragte der Kleinrusse sich ereifernd. „Das ist sonnenklar. Es kommt daher, daß die Menschen nicht in Reih und Glied stehen. Laßt uns einmal alle gleichstellen. . . . alles, was der Verstand schafft und was die Hände erarbeitet haben, gleichmäßig verteilen! Hören wir auf, einander in der Sklaverei der Furcht und des Neides zu halten, in der Gefangenschaft der Gier und Dummheit . . ."

In dieser Weise redeten sie von jetzt ab oft.

Er wurde wieder in der Fabrik aufgenommen, gab der Mutter seinen ganzen Verdienst, und sie nahm dieses Geld ebenso ruhig wie aus Pawels Händen entgegen.

Bisweilen fragte Andrej die Mutter mit lachenden Augen: „Wollen wir nicht lesen, Mütterchen?"

Sie wehrte scherzend aber doch energisch ab: sein Lächeln machte sie verwirrt, und sie dachte etwas gekränkt:

„Wozu denn, wenn Du Dich doch noch über mich lustig machen willst?"

Dabei bemerkte der Kleinrusse immer häufiger, wie die Mutter ihn bald nach diesem, bald nach jenem Buchwort fragte, das ihr fremd war. Sie blickte beiseite und ihre Stimme klang gleichgültig. Er erriet, daß sie im Stillen lernte, verstand ihre Scheu und schlug ihr nicht weiter vor, mit ihm zusammen zu lesen. Sie erklärte bald:

„Meine Augen werden schwach, Andrej . . . Ich müßte eine Brille haben . . . ."

„Das ist ein guter Gedanke," erwiderte er. „Ich gehe Sonntag mit Euch in die Stadt, bringe Euch zu einem bekannten Doktor, und da kriegt Ihr eine Brille . . ."

XIX.

Sie war schon dreimal darum eingekommen, Pawel sehen zu dürfen, und jedesmal hatte der Gendarmeriegeneral, ein grauer Alter mit purpurroten Backen und langer Nase, sie freundlich abgewiesen.

„In acht Tagen, Mütterchen, früher nicht! In acht Tagen wollen wir einmal sehen . . ."

Es war ein rundes, wohlgenährtes Männlein, das sie an eine reife, etwas abgelagerte und schon mit dichtem Schimmel bedeckte Pflaume erinnerte. Er stocherte beständig mit einem gelben Stöckchen in seinen kleinen weißen Zähnen, seine grünlichen Aeuglein lächelten freundlich, und seine Stimme klang liebenswürdig.

„Der ist höflich!" sagte sie nachher zum Kleinrussen. Lächelt in einem fort. Ich denke, das ist nicht gut. Wer ein solches Amt hat, soll nicht beständig grinsen . . ."

„Ja, ja!" stimmte der Kleinrusse bei. „Das macht den Leuten nichts aus, die sind immer freundlich und liebenswürdig. Sagt man ihnen: Schaut her, hier ist ein kluger und redschaffener Mann, der uns aber gefährlich ist, hängt ihn auf! — so lächeln sie und hängen ihn auf, und nachher lächeln sie ruhig weiter."

„Der bei der Haussuchung bei uns war, macht die Sache besser, einfacher," stellte die Mutter einen Vergleich an. „Man sieht sofort, daß er ein Hund ist."

„Es sind alle gar keine Menschen, sondern eine Art Hammer, die die Leute dumm schlagen. Instrumente, mit denen unsereins bearbeitet wird, damit wir für den Staat tauglich hergerichtet werden . . . Sind sehr passend dafür — tun alles, was von ihnen verlangt wird, ohne viel zu denken und zu fragen, wozu es nötig ist."

„Hat noch dazu einen Bauch! —"

„Ja, ja! Je feister der Bauch, je dreister der Gauch . . ."

. . . Endlich gestattete man ihr den Besuch; und eines Sonntags saß sie schüchtern in einer Ecke der Gefängniskanzlei. Außer ihr waren in dem schmutzigen engen Zimmer mit niedriger Decke noch einige, die ebenfalls jemanden besuchen wollten. Sie waren sicher nicht das erstemal hier und kannten sich: träge und langsam entspann sich zwischen ihnen eine leise und wie Spinngewebe klebrige Unterhaltung.

„Haben Sie gehört?" sagte ein starkes Frauenzimmer mit welkem Gesicht, die eine Reisetasche auf dem Schoß hielt. „Heute bei der Frühmesse hat der Dirigent einem Chorknaben wieder ein Ohr eingerissen . . ."

Ein bejahrter Mann in der Uniform eines verabschiedeten Militärs hustete laut und bemerkte:

„Die Chorknaben sind immer solche Galgenstricke!"

In der Kanzlei lief geschäftig ein kleiner, kahlköpfiger Mensch mit kurzen Beinen, langen Händen und vorstehendem Kinn umher. Er redete unaufhörlich mit zitternder Stimme:

„Das Leben wird immer teurer, davon werden auch die Menschen schlechter . . . Rindfleisch zweiter Güte kostet vierzehn Kopeken, das Pfund Brot wieder zweieinhalb."

Es kamen graue, ganz gleich aussehende Sträflinge in schweren Lederschuhen. Wenn sie in das halbdunkle Zimmer traten, blinzelten sie. Einer trug klirrende Ketten an den Füßen.

Alles wickelte sich seltsam und unangenehm eintach ab. Alle schienen sich längst an ihre Lage gewöhnt zu haben, und die einen saßen ruhig da, die andern paßten trägo auf, die dritten aber besuchten korrekt und müde die Sträflinge. Das Herz der Mutter zitterte vor Ungeduld und sie blickte erstaunt über diese Einförmigkeit verständnislos ihre Umgebung an.

Neben Frau Wlassow saß eine kleine Alte mit runzeligem Gesicht, aber jungen Augen. Sie drehte den dünnen Hals herum, horchte auf die Unterhaltung und starrte alle Anwesenden sonderbar eifrig an.

„Wen haben Sie denn hier?" fragte Frau Wlassow leise, —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0001

Aus dem preußischen Geldsackparlamente.

Herr Gyßling, der gemeinsame bürgerliche Kandidat aus Königsberg und der Dividendenmüller, der aus Sagan herausgewählt, jetzt Müller-Berlin heißt, was gewiß ungeheuditig ist, empfanden das Bedürfnis die Zeiten liebestoller Blockpaarung mit der Reaktion durch einige auf die nächsten Landtagswahlen berechnete Agitationsreden zu unterbrechen, die es am Sonnabend im preußischen Dreiklassenparlament zu dem Kapitel Landratsämter hielten. Die beste Wahlrede für die Freisinnigen hat allerdings schon am Freitag Herr Blell aus Brandenburg gehalten, als er namens der deutschen Industrie forderte, daß ihr ausländische Arbeiter „unter denselben Bedingungen zur Verfügung gestellt würden wie der Landwirtschaft". D. h. also durch die Feldarbeiter-Zentrale und mit dem bekanntlich gesetzwidrigen Legitimationskarten. So unverhohlen arbeiterfeindlich, lohndrückerisch und antigewerkschaftlich hat der Freisinn sich sonst noch nie gezeigt. Am Sonnabend aber sprachen Gyßling und Müller-Berlin viel über die Wahlbeeinflussungen durch die Landräte, natürlich nur gegen die Freisinnigen, und verlangten vom neuen Minister des Inneren das Versprechen absoluter Unparteilichkeit der Landratsämter bei den kommenden Wahlen, natürlich nur gegenüber den Blockparteien. Nur Herr Gyßling besaß die edle Dreistigkeit zu behaupten, daß die Freisinnigen ohne Rücksicht auf die Partei alle Wahlbeeinflussungen verurteilten. Das ist in der Zeit, in der der Freisinn aus Mandatshunger die Wahl von Enders für gültig erklären möchte, und das Kleim-Mandat eines Eickhoff annimmt, wirklich ein starkes Stück. Müller-Berlin war jedenfalls ehrlicher als er den Konservativen eine Versicherung auf Gegenseitigkeit anbot. Von irgendwelchen Spitzeln oder agents provocateurs ist dem braven Müller die Meldung zugegangen, daß die Berliner Arbeiter für den 18. März den Generalstreik beschlossen hätten, um das Reichstagswahlrecht für Preußen zu erobern. Unsere Genossen werden dem Müller sicherlich für die interessante Mitteilung dankbar sein. Aber er verwendete sie dazu, um angesichts dieser „Gefahr", die doch nur in der Eroberung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestehen könnte, den Konservativen zu einem noch engeren Zusammenschluß mit den freisinnigen Spießern der Stadt zu raten. Es lebe die eine einheitliche, freisinnig-konservative Partei! Der konservative Abgeordnete und Arbeiterschinder Kreht quittierte Müllers Liebesgirren mit einem derben Fußtritt.

Octavio Frhr. v. Zedlitz, der die Liberalen schon beim Schulkompromisse gründlich eingesetzt hat, beglückt sie jetzt mit einem neuen reaktionären Plan unter liberaler Firma. Er forderte eine weitere Dezentralisation der Verwaltung. Die Städte sollen den Exkonen der dreiklassigen Kommunalwahlen ausgeliefert, das platte Land aber restlos der Willkür der Landräte preisgegeben werden. Zedlitzs Vorschlag findet natürlich bei den Liberalen viel Sympathie. — Beim Kapitel Polizeiverwaltung in Berlin sprach der Abg. Schulze-Pelzum, ein Landrat aus Hamm, über die Berliner Homosexuellen und das Waffenlager in der Pankstraße. Der Minister des Innern v. Moltke zeigte denselben Geschmack in der Zusammenstellung bei der Beantwortung seiner Anfragen. Interessant war nur die Mitteilung, daß bei den mit so riesigem Tamtam proklamierten Enthüllungen der Polizei über das Waffenlager nicht einmal eine einzige noch so kleine Anklage sich hat konstruieren lassen. Der Zentrumsabgeordnete Kirsch schrie wieder einmal nach Unterdrückung der Preßfreiheit, und der Zentrumsabgeordnete de Witt findet, daß die ausländischen Arbeiter in Preußen noch zu gut behandelt werden. Der freisinnige Volksfreund Blell machte scharf gegen die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen. Dann hatte sich das Dreiklassenparlament für diesen Tag reaktionär genug ausgetobt und vertagte die Fortsetzung der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern auf Montag.

Ein enthüllter Anschlag auf das Koalitionsrecht.

Der eigentliche Zweck des Reichsvereinsgesetzes, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu durchbrechen, ist in der Sitzung der Reichstagskommission vom 29. Februar offen zutage getreten.

Der antisemitische Abgeordnete Gräf beantragte, das Verbot der nichtdeutschen Versammlungssprachen durch die Bestimmung zu mildern, daß „in Versammlungen, in denen von dem im § 152 der Gewerbeordnung genannten Personenkreisen ausschließlich die dort bezeichneten Zwecke erörtert werden", auch nichtdeutsche Verhandlungssprachen gestattet sein sollten. Durch diese Bestimmung sollte bewirkt werden, daß das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht jener Arbeiter, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind, wenigstens einigermaßen gewahrt bleibe.

Gegen diesen Antrag des Abg. Gräf wendete sich der Vertreter der Regierung, der Unterstaatssekretär Bermuth. Herr Bermuth bestätigte alles, was wir gleich nach dem Erscheinen dieser Blockvorlage über ihre eigentliche Absicht behauptet hatten.

Der Vertreter der Regierung beschäftigte sich in seiner Antwort ausschließlich mit den Verhältnissen der Industriebezirke, namentlich Rheinland-Westfalens. Es besteht die Gefahr, daß die polnische Ausdehnung sich auch auf rein deutsche Gebiete erstrecke, und dagegen sei Abhilfe durch den § 7 erforderlich.

Die preußische Regierung vertreibt die polnische Bevölkerung von der polnischen Scholle. Findet sie aber dann die Leute, die doch irgendwohin müssen, auf deutschem Gebiete, so verlangt sie Ausnahmegesetze gegen die Ausdehnung der Polen.

Die rheinisch-westfälischen Industriebarone locken durch ihre Agenten zehntausende polnischer Arbeiter nach dem deutschen Westen und befürworten dann eine Knebelung dieser Arbeiter, die ihnen, mit dem Rechte, sich ihrer Muttersprache zu bedienen, auch das Koalitionsrecht nehmen soll.

Man macht die ausländischen Arbeiter, die man massenhaft ins Land zieht, durch Legitimationszwang und Ausweisungspraxis zu willenlosen Sklaven. Dies geschieht im Interesse der Landwirtschaft. Man will auch die lohnarbeitenden preußischen Staatsbürger, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, zu solchen willenlosen Sklaven machen, indem man sie gewaltsam verhindert, ihre gemeinsamen Erwerbsangelegenheiten miteinander zu beraten. Das geschieht „im Interesse der Industrie".

Hier wie dort handelt es sich um die künstliche Züchtung eines europäischen Kulitums, das die Ware deutsche Arbeitskraft im Preise drücken und den deutschen Arbeitern in ihren Lohnkämpfen das Rückgrat brechen soll. Das nennt man „Schutz der nationalen Arbeit in Stadt und Land".

Die Gefahr des Reichsvereinsgesetzes bedroht keineswegs jene Gegenden allein, in denen jetzt schon eine starke polnische Arbeiterschaft vorhanden ist. In dem Augenblick, in dem es gelungen sein wird, dem polnischen Arbeiter die Zunge auszureißen, und ihn zu einem stummen Automaten im Dienste des Kapitals zu machen, wird er das gesuchteste Handelsobjekt des ganzen deutschen Arbeitsmarktes sein. Keine Gegend und kein Bundesstaat ist dann vor ihm sicher! Die deutschen Arbeiter hätten dann weder ein Mittel, solche Schädlinge aufzuklären, noch selbst ein eigentliches Recht, die armen Teufel zu bekämpfen, die gegen ihren Willen vom preußischen System zu Streikbrechern fastriert wurden.

Sozialdemokratie und Zentrum werden den § 7 ablehnen; er wird fallen, wenn sich der Freisinn mit ihnen zu einer Abwehrmehrheit zusammenschließt. **Es ist aber noch ganz unsicher, welche Haltung der Freisinn bei der entscheidenden Abstimmung im Plenum einnehmen wird.** Wie wir hören, soll ein Teil der freisinnigen Abgeordneten in dieser Frage zuverlässig sein; er will sich durch keinen Fraktionszwang zur Annahme einer Bestimmung verleiten lassen, die dem bürgerlichen Liberalismus einen unauslöschlichen Makel für alle Zeiten anhaften würde. **Es ist aber auch kein Geheimnis, daß es in den Reihen des Freisinns ebenso einflußreiche wie gewissenlose Bülowagenten gibt, die die Regierung in ihrer Absicht, auf dem § 7 zu bestehen, noch bestärkt haben.** Sie haben damit ein Handwerk getrieben, das selbst einigen sonst durchaus blocktreuen Freisinnsführern zu schmutzig war.

Es ist also noch gar nicht abzusehen, welches Ende dieser gefährliche Handel nehmen wird. Wichtig für die Entscheidung wird die Haltung der süddeutschen Volkspartei sein und ebenso der Grad der Energie, mit welchem das Zentrum den Kampf der Sozialdemokratie gegen die geplante Arbeiterentrechtung unterstützen wird. Ob der Block zertrümmert auf das Koalitionsrecht der Arbeiter niederfallen, oder selbst in Trümmer gehen soll, das wird im Kampfe um § 7 des Vereinsgesetzes entschieden werden.

Bülow verteidigt seine Wahlrechtserklärung.

Die Nordd. Allg. Ztg. schreibt hochoffiziös:

Die von einem Berliner Blatt verbreitete Angabe, Fürst Bülow habe die Zustimmung der Konservativen zur Enteignungsvorlage durch die Zusage erkauft, an dem preußischen Dreiklassenwahlrecht nichts ändern zu wollen, entbehrt jeder Begründung. Mit einer solchen Zusage würde sich Fürst Bülow mit der Erklärung in Widerspruch gesetzt haben, die er im Namen des königlichen Staatsministeriums im Abgeordnetenhause über die Reform des preußischen Wahlrechts abgegeben hat.

Dem Verfasser dieser offiziösen Note beliebt es, mit spitzfindigen Verdrehungen zu arbeiten. Es ist richtig, daß Bülow am 10. Januar nicht jede Aenderung des Dreiklassenwahlrechts abgelehnt hat. Er hat nur jede Aenderung des Dreiklassenwahlrechts in freiheitlichem Sinne mit der größten Brutalität abgelehnt. Er hat sich unbedingt gegen das Reichstagswahlrecht, ja selbst unbedingt gegen die geheime Stimmabgabe ausgesprochen und dafür den jubelnden Beifall der Rechten geerntet. Die Konservativen haben also allen Grund, diesen ihnen so kostbaren Mann zu halten und das mag viele von ihnen bestimmt haben, mit den Oberbürgermeistern, Professoren und ähnlichem Bülowitervolk für das verfassungswidrige Polengesetz zu stimmen.

Ein Vorbote des 18. März.

Die Märzfeier dieses Jahres, die dem Wahlrechtskampf gewidmet sein soll, ist vom Blockfreisinn würdig eingeleitet worden — durch eine Denunziation. Am Sonnabend lief Herr Müller-Sagan im Abgeordnetenhause herum und verbreitete die Sensationsnachricht, daß die Sozialdemokratie für den 18. März „einen Generalstreik angeordnet" habe. Am Abend darauf schrieb er's in seine Freis. Ztg. und jammerte, „eine Anzahl wirtschaftlicher Existenzen" sollte „in Gefahr gebracht" werden — „ohne Aussicht auf irgendwelchen politischen Erfolg".

Es gehört zur ewigen Litanei des Herrn Müller und seiner Freis. Ztg. von allem, was die Sozialdemokratie im Wahlrechtskampf getan hat, tut und möglicherweise tun könnte, zu sagen, es habe „keine Aussicht auf irgendwelchen politischen Erfolg". Das ist der Normalknittel, der den Arbeitern bei jedem Schritt zwischen die Beine gesteckt wird. Herr Müller weiß zwar nicht immer genau, was er redet — das beweist der gegenwärtige Fall — er weiß aber schon immer im voraus, was zu tun ist, um der Arbeitersache Schaden zuzufügen. Diesmal hetzt er die Arbeitgeber, denen er ja auch sein Geschichtchen verdankt, auf ein etwaiges Arbeitsversäumnis am 18. März, am Tage der Feier der bürgerlichen Revolution als Tarifbruch und Kriegsfall zu behandeln. So ist Herr Müller-Sagan. Man braucht ihn um sein Geschäft nicht zu beneiden, und es gibt wohl auch nicht viele, die es tun!

Wem nützt der Block? Freisinnige Blockblätter schreiben jeden Tag, wenn der Block in Stücke gehe, dann „triumphiere die Reaktion". Dieser Ansicht tritt jetzt die nationalliberale Dortmunder Ztg. kräftig entgegen, indem sie erklärt, daß **die Konservativen am Bestehen des Blocks das größte Interesse haben.** Und daß sie recht hat, ist vollständig klar, sonst würden ja die offenbaren Agenten des Junkertums, die Kopich, Fischbeck, Pachnicke usw. nicht so krampfhaft am Block festhalten.

Abg. Erzberger über das preußische Zentrum. In einer Berliner Versammlung des Verbandes für Frauenstimmrecht sprach der Abg. Erzberger über die Entwicklung der preußischen Wahlrechtsfrage und erklärte dabei, so miserabel wie Fürst Bülow den Liberalismus behandle, habe er das Zentrum nie behandelt. Die preußische Wahlrechtsfrage sei aber keine bloße Parteifrage, und ihn als Süddeutschen erfüllten eigentümliche Gefühle, wenn er sähe, daß das gleiche Wahlrecht von Stuttgart und Karlsruhe bis Wien herrsche, während in Preußen ein Wahlsystem bestehe, das dem Süddeutschen einfach unfaßbar sei. Dann ging der Abg. Erzberger auf die Parteiverhältnisse des preußischen Abgeordnetenhauses über, wo nur dann etwas zu erreichen sei, wenn die Parteien sich zusammenschlössen, um der Regierung das Wahlrecht abzutrotzen und sprach sein „unendliches Bedauern" darüber aus, daß von Seiten der preußischen Zentrumsfraktion zu diesem Zwecke „nicht mehr" geschehen sei.

Herrn Erzbergers Kritik, so erfreulich sie an sich ist, geht immer noch auf sehr leisen Sohlen. Hätte Herr Erzberger statt „nicht mehr geschehen" „gar nichts geschehen" gesagt, dann erst hätte er das richtige getroffen.

Die Meinung der Gewerkschaften über den Arbeitskammer-Entwurf wollte die badische Regierung hören. Sie berief durch die Vermittlung der Fabrikinspektion die Vertreter der freien und der christl. Gewerkschaften, sowie die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Karlsruhe zusammen. Der Vertreter der freien Gewerkschaften erklärte das Gesetz in der vorliegenden Fassung für unannehmbar; dieser Erklärung schlossen sich die Hirsch-Dunckerschen und die Christlichen an. Letztere allerdings mit dem Vorbehalte, daß sie Arbeitskammern anstreben, denn in diesen erblickten sie die Dokumente des sozialen Friedens (!). Die Eingeladenen wurden ersucht, ihre Anschauungen schriftlich niederzulegen und der Fabrikinspektion in einer zweiten, am 7. ds. stattfindenden Sitzung vorzutragen. — Also ein kleiner Fortschritt für die „Objekte der Gesetzgebung" — in Baden wenigstens, von Preußen ist ja so etwas nicht zu erwarten —; man fragt sie jetzt wenigstens nach ihrer Meinung. Dagegen erklärt die Mannheimer Handelskammer, die größte des badischen Landes, daß der Gesetzentwurf abzulehnen sei, da ein Bedürfnis für Arbeitskammern nicht vorliege. Zu verwerfen seien vor allem Arbeiterkammern, die nur eine Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen unter staatlichem Schutz bedeuteten. Das Produkt der Paarungspolitik findet also nicht einmal bei den süddeutschen Unternehmern Gnade!

Eine löbliche Unterwerfung. In der vorigen Woche fand eine Sitzung der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung statt, die bekanntlich jüngst von Herrn Holle wegen Verbreitung der Schriften von Darwin und Haeckel mit seiner Ungnade bedroht wurde. Einige Optimisten hatten erwartet, daß der Zentralausschuß gegen die Unterwerfung unter die Gebote des Herrn Holle Protest erheben werde. Nichts davon geschah. Der Vorsitzende, Prinz Heinrich zu Schönaich-Carolath, sprach sogar seine Freude aus, daß der Konflikt in einer für die Gesellschaft durchaus annehmbaren Weise beigelegt worden sei. Durchaus annehmbar: das stimmt. Die Gesellschaft hat nämlich alles angenommen, was die preußischen Bekämpfer der Volksbildung von ihr verlangt haben. Für diese glorreiche Tat sprach der Zentralausschuß dem Herrn Vorsitzenden mit allen gegen zwei Stimmen seinen wärmsten Dank aus. Wenn der Verein sich aber noch weiter Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung nennt, so weiß man jetzt, daß das eine falsche Firmenbezeichnung ist.

Die Toleranz am Totenbette. Ein katholischer Arbeiter in dem württembergischen Städtchen Giengen, dessen Frau protestantisch ist, erhielt von dem an sein Totenbett gerufenen katholischen Geistlichen das nachfolgende Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt:

Der Unterfertigte erklärt hiermit, daß es ihn von ganzem Herzen reut, in protestantische Trauung, sowie katholische Kindererziehung eingewilligt zu haben. Er verspricht jetzt an Eidesstatt, im Falle der Wiedergenesung seine jetzigen, sowie alle noch zu erhoffenden Kinder ohne Unterschied des Geschlechts in der katholischen Religion erziehen und in den katholischen Religionsunterricht schicken zu wollen.

Die angsterfüllte Frau des mit dem Tode Ringenden sollte sich auf das nachstehende Versprechen verpflichten:

Die Unterzeichnete erklärt hiermit, daß sie, falls ihr Mann genesen sollte, demselben kein Hindernis in den Weg legt, die vorhandenen, sowie alle noch zu erhoffenden Kinder in der katholischen Religion erziehen zu lassen.

Giengen, den . . . Februar 1908.

Dieser religiöse Terrorismus schlimmster Art führte allerdings nicht zum Ziele; der Arbeiter besaß noch die Kraft, den Geistlichen hinauszuweisen, dann starb er!

Meidet Südwestafrika. In der Nummer vom 22. Januar 1908 der Windhuker Nachrichten findet sich folgende Warnung:

Jeder Passagierdampfer bringt eine Menge Neuankömmlinge ins Land. Die Eisenbahnzüge können alsdann kaum alle die vielen Personen aufnehmen und ihre Wagen sind während der zwei- und dreitägigen Fahrt nach Windhuk überfüllt wie Sonntags Ausflüglerzüge daheim. In Windhuk angekommen, geht es dann an ein Suchen und Umherlaufen nach Beschäftigung. Von Geschäft zu Geschäft, von Haus zu Haus fragen sie nach Anstellung, und fast überall heißt es: Bedauere! Nachdem das so einige Tage gegangen ist, kommt zu der ersten die zweite Sorge: die vorhandenen Mittel gehen auf die Neige. Nun tritt neben die Frage nach Beschäftigung die weitere nach einem billigeren Unterkommen, als der bis dahin benützte Gasthof es zu gewähren vermag, an den Neuling heran. Aber auch da gibt es meist nur Enttäuschung. Denn bei dem großen Wohnungsmangel ist jeder irgend bewohnbare Raum besetzt, und die Verpflegung auch außerhalb der Gasthöfe bei den hohen Preisen für Lebensmittel kostspielig. Traurig ist es zu beobachten, wie solche Enttäuschten bei denjenigen Stellen, an welchen sie am ehesten Arbeitsnachweis zu erhalten hofften, z. B. in der Expedition unseres Blattes, immer von neuem und mit immer tiefer ins Gesicht geschriebener Sorge sich erkundigen. Schließlich verschwinden sie von hier, wo sie geblieben, wissen die Götter. —

So wiederholt sich das Schauspiel alle paar Wochen.

So sieht's in „Neudeutschland" aus, allwo Palmenhaine aus verloren gegangenen Dattelkisten wachsen! Und für dies gastliche Land sind allein in den letzten paar Jahren fünfhundert Millionen Mark verpulvert worden! —

Die geschändete Jägeruniform. Im Oktober des vorigen Jahres soll der Gefreite der Landwehr K. aus Bergedorf sich dadurch des Ungehorsams schuldig gemacht und eine „starke Gefährdung der militärischen Disziplin, wie auch eine Schädigung des Ansehens des Heeres herbeigeführt haben", daß er in Uniform der 9. Jäger — er war zu einer Uebung einberufen — mit dem Tambourmajor eines Trommlerkorps, das an dem vom Bergedorfer Gewerkschaftskartell veranstalteten Festzuge teilnahm, gesprochen haben soll. Urteil: Zwei Monate Gefängnis. Wie das Kriegsgericht feststellte, hat der Angeklagte nicht am Festzuge teilgenommen, aber er hat mit dem Tambourmajor gesprochen, als dieser, ein Bekannter von ihm, ihn freundschaftlich anredete. Der Angeklagte hätte also Kehrt machen und schleunigst die Flucht ergreifen müssen. Die Verhandlung fand damals unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt, „wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen". In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem, ein Beweis dafür, daß die am Festzuge teilnehmenden Korporationen als

---

„Meinen Sohn, einen Studenten," erwiderte die Alte laut und schnell. „Und wen Sie?"

„Auch einen Sohn. Einen Arbeiter."

„Wie heißen Sie?"

„Wlassow."

„Den Namen habe ich nicht gehört. Sitzt er schon lange?"

„Die siebente Woch . . . ."

„Und meiner den neunten Monat!" sagte die Alte, und aus ihrer Stimme hörte Frau Wlassow ein sonderbares, stolzähnliches Gefühl.

„Ja, ja," ließ sich der kahlköpfige Alte vernehmen. „Die Geduld reißt . . . Alle sind ärgerlich, alle schreien, und alles steigt im Preise. Die Menschen werden entsprechend billiger . . . . . Versöhnende Stimmen hört man gar nicht mehr."

„Sehr richtig!" sagte der Militär. „Eine Zuchtlosigkeit ohne gleichen! Da muß eine energische Stimme dazwischen fahren!"

Die Unterhaltung wurde allgemein und lebhaft. Jeder beeilte sich, seine Ansicht vom Leben zu äußern, aber alle sprachen halblaut, und aus allem fühlte die Mutter etwas Fremdes. Bei ihr zu Hause sprach man verständlicher, einfacher und lauter.

Ein dicker Aufseher mit viereckigem, rötlichem Bart rief ihren Namen, betrachtete sie von Kopf bis zu Fuß und humpelte mit den Worten: „Komm mit!" ihr voraus.

Sie ging hinterher und hätte am liebsten den Aufseher in den Rücken gestoßen, damit er schneller ging. In dem kleinen Besuchszimmer stand Pawel und streckte ihr seine Hand entgegen . . . . Die Mutter ergriff sie, blinzelte, fand keine Worte und wiederholte nur:

„Guten Tag . . . . Guten Tag . . ."

„Na, beruhige Dich, Mutter!" sagte Pawel, ihr die Hand drückend.

„O, es macht nichts . . . . nichts . . . ."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0002

solche der sozialdemokratischen Partei angehören, sei nicht erbracht. Im Gegenteil sei festgestellt, daß der sozialdemokratische Verein von Bergedorf an der Festlichkeit nicht teilgenommen habe. Was jedoch die Mitglieder der einzelnen Vereine anbelange, so sei durch das Zeugnis des Polizeioffizianten Praetel und des Amtsanwalts Nentwig bewiesen, daß dieselben in ihrer überwiegenden Mehrheit gleichzeitig Mitglieder der sozialdemokratischen Partei seien. Der Angeklagte habe somit gegen das Verbot des Generalkommandos und gegen § 92 des Militärstrafgesetzbuches verstoßen. In solchem Falle könne auf Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren erkannt werden. Als straferschwerend sei zu berücksichtigen, daß er sich in voller Uniform an der sozialdemokratischen (!) Festlichkeit beteiligte, strafmildernd, daß die Beteiligung eine rein vorübergehende und vielleicht nicht voll überlegte war.

Gegen dieses Urteil legte der Angeklagte Berufung ein, die in der letzten Sitzung des Oberkriegsgerichts des 9. Armeekorps (Altona) zur Verhandlung kam. Der Zeuge Amtsanwalt Nentwig-Bergedorf bezeichnete das Gewerkschaftskartell als „sozialdemokratisch" und das Gewerkschaftsfest als eine „sozialdemokratische Demonstration". Die Teilnahme des Angeklagten in Uniform habe unter dem nichtsozialdemokratischen Publikum (einigen Beamten!) Entrüstung hervorgerufen. Der als Sachverständiger vernommene Gewerkschaftsbeamte Krismannsky-Bergedorf führte zwar den Nachweis, daß die Gewerkschaften als solche mit der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste zu tun hätten, aber das Gericht schloß sich der Auffassung des Amtsanwalts Nentwig an und verwarf die Berufung. Der Angeklagte muß also zwei Monate brummen.

Ausland.

Oestreich. Die Wahlen in Kroatien. Am 27. Februar begannen in Kroatien die Wahlen für den Landtag. Soweit die Resultate bis jetzt bekannt, haben sie eine vernichtende Niederlage der ungarischen Regierung gebracht; bis jetzt sind nur ungarnfeindliche Abgeordnete gewählt. In Agram wurde in der Stichwahl (die sich hier sofort an die Hauptwahl anschließt), der Genosse Korac mit großer Majorität gewählt; es ist das der erste Sozialdemokrat, der in den kroatischen Landtag eintritt. — In den letzten 24 Stunden sind in Kroatien massenhafte Verhaftungen vorgenommen worden. Gegen mehr als 400 Bürger soll Anklage wegen „Aufreizung gegen die Gemeinsamkeit mit Ungarn" erhoben werden.

England. Das Schankkonzessionsgesetz. Der Schatzkanzler Asquith hat im Unterhaus den langerwarteten Gesetzentwurf über die Schankkonzession eingebracht. Das Gesetz verfolgt den Zweck, durch Verringerung der Schankstätten die Gelegenheit, Alkohol zu konsumieren, einzuschränken. Innerhalb 14 Jahren soll die Zahl der Schankkonzessionen um 82 000, das ist um ein Drittel der jetzt bestehenden, verringert werden. Diejenigen Wirte, denen die Konzession entzogen wird, erhalten Entschädigungen, deren Beträge vom Gewerbe selbst, d. h. von den Schankstätten-Inhabern aufgebracht werden müssen, deren Konzession weiter besteht. Die Zahl der Konzessionen regelt sich also in Zukunft nach der Zahl der Einwohner. Ausnahmen sind vorgesehen für Erholungsorte und Badeplätze, sowie für Schankstätten an der Landstraße. Weitgehende Verschärfungen des Gesetzes werden dem diskretionären Ermessen der Lokalbehörden überlassen. Diese können das teilweise oder gänzliche Schließen einzelner Schankstätten an Sonntagen, das Schließen sämtlicher Wirtschaften am Wahltage verfügen. Ferner liegt es in ihrer Hand, die Beschäftigung von weiblichen Angestellten in den Wirtshäusern zu untersagen.

Frankreich. Ein Massenprotest gegen das Marokko-Abenteuer. Am Sonnabend fand in Paris ein von etwa 5000 Personen besuchtes Protestmeeting gegen die marokkanische Expedition statt. Anwesend waren unter anderen die Abgeordneten Jaurès, Sembat, Groussier und Willm. Der Abgeordnete Jaurès, der als erster das Wort ergriff, gab zunächst einige Aufklärungen über Marokko und sagte u. a.: Wir stimmen heute überein, Protest einzulegen gegen die von der Regierung in Marokko verfolgte Politik, als auch gegen die den Mitgliedern des Arbeiterverbandes gegenüber ergriffenen Repressivmaßregeln zu protestieren. Die marokkanische Expedition ist von der Regierung ohne Anlaß unternommen worden. Jaurès warf hierauf einen Rückblick auf die Besetzung marokkanischen Gebietes bei Casablanca und erklärte, er wünsche die allgemeine Zivilisation der Völker, aber nicht unter Anwendung von Gewalt, Plünderung und Brandstiftung sondern auf dem Wege eines friedlichen Vorgehens. Die Marokko-Expedition sei auf Veranlassung von Kapitalisten unternommen worden. Am Schlusse seiner Ausführungen erklärte Redner: Die Regierung hat sich in ein Wespennest begeben, aus welchem es ihr unmöglich sein wird, unversehrt herauszukommen. — Nach Jaurès sprachen noch die Abgeordneten Sembat und Willms über den gegen die Mitglieder aller Arbeiterverbände unlängst angestrengten Prozeß, sowie gegen die Ausweisung russischer Sozialisten. Schließlich gelangte eine Tagesordnung zur Annahme, in der gegen die Marokko-Expedition, sowie gegen die Ausweisung russischer Sozialisten aus Frankreich Einspruch erhoben wird.

Amerika. Einwanderung nach den Vereinigten Staaten. Nach den soeben erschienenen Berichten des Einwanderungsamtes zu Washington wanderten in dem Jahre endend mit dem 30. Juni 1907 insgesamt 1285 349 Personen oder 17 Prozent mehr ein als im vorausgegangenen Jahre. Die weitaus größte Zahl der Einwanderer liefert Oestreich-Ungarn, Italien und Rußland, nämlich 388 452, bezw. 285 731 bezw. 258 948. — Ueber die Auswanderung, bezw. Rückwanderung nach Europa, die namentlich im letzten Quartal vorigen Jahres eine sehr umfangreiche war, sind Zahlen bisher noch nicht veröffentlicht.

Asien. Ein Konflikt zwischen China und Japan ist ausgebrochen. Die Ursache bildet die Beschlagnahme eines japanischen Dampfers durch die chinesischen Zollbehörden von Macao. Die Japaner verlangen eine Entschädigung hierfür, die zu zahlen sich China weigert. Die japanische Regierung schlägt einen recht barschen Ton an und droht mit Gewaltmaßregeln.

— In Persien ist wiederum eine Bombe geworfen worden und zwar in Teheran auf einen Günstling des Schahs, des Vezirs Makfuß. Der Vezir blieb unverletzt, mehrere Passanten wurden getötet.

Zur Revolution in Rußland.

Ministerpräsident Stolypin soll nach einer, bisher noch nicht bestätigten Meldung der Wiener Neuen Freien Presse seine Demission eingereicht haben, die vom Zaren angenommen sein soll. Der Grund hierfür soll darin liegen, daß der Zar den Präsidenten des Verbandes wahrhaft russischer Leute, Dr. Dubrowin in einer Sonderaudienz, von der wir berichtet haben, besonders ausgezeichnet hat.

Der italienische Journalist Calvino, der in den letzten Tagen mit einer Anzahl Revolutionäre zum Tode verurteilt wurde und um den von den italienischen Journalisten eine Begnadigungs-Aktion eingeleitet wurde, soll jetzt kein Italiener sein, sondern wie Petersburger Polizeinachrichten behaupten, ein Unbekannter, der die Papiere Calvinos gehabt habe. Diese Polizeimeldung ist sehr skeptisch aufzunehmen.

Die zum Tode verurteilten Revolutionäre werden heute hingerichtet.

Deutscher Reichstag.

112. Sitzung. Sonnabend, den 29. Februar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Bethmann-Hollweg.

Eingegangen sind die **Novellen zur Zivilprozeßordnung.**

Die erste Lesung der gestern mitgeteilten

Novellen zur Gewerbeordnung

wird fortgesetzt.

Abg. Pachnicke (Freis. Vgg.) gibt zunächst unter minutenlanger Heiterkeit der Sozialdemokraten eine Definition der Blockpolitik: Blockpolitik heißt, freisinnigen Grundsätzen (Stürmisches Lachen im Ztr. und b. d. Soz.) Geltung zu verschaffen. Durch die Niederlage der Sozialdemokratie hat die Sozialpolitik einen neuen energischen Aufschwung genommen. (Anhaltende gr. Heiterkeit b. d. Soz.)

Ministerialdirektor Caspar wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Molkenbuhr.

Abg. Schmidt-Altenburg (Rpt.) wünscht, daß man bei Arbeiterschutzgesetzen mehr auf die Arbeiter hört.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) steht im allgemeinen den Vorlagen sympathisch gegenüber, hält ihre Bestimmungen aber für zu zaghaft. Ein völliges Verbot der Heimarbeit ist zwar nicht wünschenswert; man müßte den in ihr herrschenden Mißständen aber weit energischer entgegentreten, als es dieser Entwurf tut, der aber doch einen sozialpolitischen Fortschritt bedeutet. — Redner wendet sich ziemlich scharf gegen die Konkurrenzklausel und den Mißbrauch, den die Unternehmer mit Aussperrung und schwarzen Listen treiben.

Abg. Mans (Freis. Vpt.) steht gleich dem Antrag Pachnicke der Vorlage durchaus sympathisch gegenüber.

Oldenburgischer Bundesratsbevollmächtigter v. Eucken-Addenhausen bestreitet gegenüber dem Abg. Molkenbuhr, daß die oldenburgische Regierung in bezug auf Zustellung von Gesetzesvorlagen usw. schlechter behandelt werde als der Zentralverband der Industriellen. (Beifall rechts.)

Abg. Werner (Ant.) begrüßt zunächst im allgemeinen die Vorlage.

Abg. Fleischer (Ztr.) spricht pathetisch über die Bedeutung der internationalen Verträge für den Arbeiterschutz und feiert Kaiser Wilhelm II.

Abg. Dr. Conbe (natl.) warnt vor zu großer Erschwerung der Heimarbeit, speziell in der Zigarrenindustrie.

Abg. Geyer (Soz.): Mit unserer gestern von meinem Freunde Molkenbuhr zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugung, daß die Novellen arbeiterfeindlich sind, stehen wir durchaus nicht allein da. Die ausschließlich aus Nationalliberalen bestehende Handelskammer in Lahr hat den Gesetzentwurf über Regelung der Heimarbeit in der Tabakindustrie als nur zum Schaden der Arbeiter dienend bezeichnet. Daß speziell diese Vorlage arbeiterfeindlich ist, ist freilich kein Wunder; sie ist das Produkt einer Vereinbarung zwischen Regierung und Unternehmern. (Hört, hört! b. d. Soz.) Seit der Mitte der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hat sich die Heimarbeit in der Tabakindustrie ausgebreitet, zunächst als Ueberarbeit neben und nach der Fabrikarbeit. Von Anfang an haben die organisierten Arbeiter diese häusliche Ueberarbeit als zu Lohnkürzungen führend bekämpft. Das Sozialistengesetz zerstörte die damalige Tabakarbeiterorganisation und unterbrach damit den Kampf gegen die Hausarbeit. Sobald sich wieder Organisationen bildeten, nahmen sie auch den Kampf gegen die Heimindustrie wieder auf, die sich speziell infolge der Tabaksollerhöhung vom Jahre 1879 rapide ausgebreitet hatte, da die Unternehmer die Hausarbeit als Mittel benutzten, die Zollerhöhung auf die Arbeiter abzuwälzen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Außerdem verlegten damals die Unternehmer die Fabriken auf das platte Land, wo es billigere Arbeitskräfte gab. Schon auf dem Kongreß von 1889 in Erfurt verlangten die Tabakarbeiter von der Regierung das Verbot der Hausarbeit.

Nur durch das Drängen der Arbeiterorganisation kam die Enquete über die Hausindustrie zustande, der sich die Unternehmerorganisationen immer widersetzt haben, weil die Unternehmer nur zu gut wissen, daß ihr Profit durch die Beschränkung der Hausarbeit geschmälert wird. Bei der Enquete hat sich die Regierung natürlich immer nur an die Unternehmer gewandt, niemals an die Arbeiterorganisation. Daher fiel denn auch das Resultat sehr einseitig aus. Das wertvollste Material haben die Arbeiter der Regierung freiwillig geliefert. Eine von den Arbeitern veranstaltete Enquete hat die grauenhaften Wohnungszustände der Heimarbeiter in der westfälischen Tabakindustrie enthüllt. Dadurch, daß sie weite Konsumentenkreise mit tuberkulöser Ansteckung bedrohten, wurde gerade das Interesse der Oeffentlichkeit erregt.

Als die offizielle Enquete abgeschlossen war, d. h. ein Jahr später, lud die Regierung eine Konferenz von Unternehmern und Arbeitern der Tabakindustrie zusammen. Die Unternehmerorganisationen waren vertreten, aber nicht die Arbeiterorganisationen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Zwei von den Unternehmern vorgeschlagene Hausarbeiter waren zugezogen, und selbst von diesen sprach sich einer für das Verbot der Heimarbeit aus. Nach der Konferenz hat es dann sechs Jahre gedauert, bis die Regierung mit diesem Gesetzentwurf kommen ist. Der Vorwurf der Schnelligkeit trifft diese Art sozialpolitischer Gesetzgebungsarbeit sicher nicht. (Zust. b. d. Soz.) Daß den Unternehmern die Hausarbeit gefällt, ist begreiflich: sie erlaubt ihnen, an Löhnen, an Miete, Licht, Heizung usw. zu sparen und dadurch ihren Profit zu erhöhen. Der erschreckend niedrige Durchschnittslohn der Tabakarbeiter, 524 Mark pro Jahr, wird erst durch Mitarbeit der ganzen Familie erzielt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Anhänger der Hausarbeit wissen an ihr gewisse Vorzüge zu rühmen. Sie sprechen von einer wohltätigen Verbindung von Industrie und Landwirtschaft. Dabei hat schon der verdienstvolle badische Fabrikinspektor Wörrishofer nachgewiesen, daß sich der Zwergbesitz des ländlichen Tabakarbeiters nie über die zweite Generation hinausvererbt. — Herr Siefermann sprach von dem eigenen freien Willen der Heimarbeiter. Als Abgeordneter sollte er doch wissen, daß das Wesen der Gesetzgebung in der Unterordnung des Einzelwillens unter den Gesamtwillen besteht. Dem angeblichen Vorteil der Heimindustrie stehen sehr reelle Nachteile gegenüber. Die billigen Löhne der Heimarbeiter wirken lohndrückend auch auf die fabrikmäßige Tabakproduktion zurück.

Ein weiterer, außerordentlich gefährlicher Mißstand der Hausindustrie ist die Kinderarbeit und die durch sie und durch die scheußlichen Wohnungsverhältnisse herbeigeführte hohe Kindersterblichkeit, wie denn überhaupt die Gesundheitsverhältnisse der Tabakarbeiter außerordentlich schlechte sind. Es ist anzuerkennen, daß ein Teil der Unternehmer die Existenz der Mißstände anerkennt und, sei es durch Uebereinkommen zwischen den Unternehmern, sei es durch staatliches Verbot, sie zu beseitigen wünscht. Die anständigen Unternehmer wissen sehr wohl, daß die Heimarbeit geradezu die Schmutzkonkurrenz begünstigt. — Was nun die Vorlage selbst anlangt, so ist sie trotz der vielen Jahre, die die Regierung zur Ausarbeitung gebraucht hat, nichts als ein Abklatsch der Verordnungen für die Zigarrenfabriken. Neu sind nur die Bestimmungen bezüglich der Beschäftigung von Kindern, die aber sehr unvollkommen sind, zumal die Kontrolle fast unmöglich ist. Es handelt sich also auch hier um eine Sozialpolitik, die nur reglementiert, ohne die Verhältnisse wirklich zu bessern. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Dazu kommt, daß noch Uebergangsbestimmungen bis 1913 gelten sollen. Wenn es den Arbeitern nicht gelingt, nach Inkrafttreten des Gesetzes, höhere Löhne durchzusetzen, wozu sie erst viel besser organisiert sein müßten, bedeutet die Vorlage für sie eine direkte Schädigung, da sie ihnen höhere Mieten für bessere Wohnungen auferlegt. Man sollte lieber die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie gleich ganz beseitigen. Dies wäre sofort die Folge, wenn die Regierung daran denken würde, ein Tabakmonopol einzuführen, weil dann die Beseitigung aller Hausarbeiter in ihrem eigensten Interesse liegt. Mit seinen Bestimmungen über die sanitären Uebelstände in der Heimarbeit der Tabakindustrie schwebt der Entwurf vollkommen in der Luft. Denn eine Kontrolle dieser Bestimmungen ist unmöglich. Herrn Schmidt-Altenburg und andern Unternehmern geht selbst dieser Entwurf noch zu weit, sie wollen ihn förmlich zu einem Aktenstück für den Papierkorb zusammenstreichen. Dadurch muß der Entwurf den Spott der Oeffentlichkeit herausfordern. (Lebh. Widerspruch bei den Mehrheitsparteien. — Zust. b. d. Soz.) Warum beschränkt übrigens die Regierung die Bestimmungen auf die Zigarrenindustrie und nimmt die Zigarettenindustrie aus. In der Zigarettenindustrie sind die Schäden mindestens ebenso groß. Hat doch die bürgerliche Presse selbst darauf hingewiesen, daß in dieser Industrie die Arbeiterinnen gezwungen sind, sich einen Nebenverdienst auf der Straße zu suchen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Namen der organisierten Arbeiter der Tabakindustrie fordere ich Sie auf, das völlige Verbot der Hausindustrie auszusprechen. Tun Sie das nicht, so beweisen Sie, daß Sie nicht arbeiterfreundlich sind, sondern arbeiterfeindlich. (Lebh. Beifall b. d. Soz. — Widerspruch b. d. andern Parteien.)

Darauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Montag 1 Uhr. Außerdem zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern.

Schluß 6 Uhr.

Vermischtes.

* **Der Brand im Kloster.** Bei einem Großfeuer im Benediktinerinnen-Kloster wurde, wie aus Triest gemeldet wird, das Archiv und die Küche, in welcher sich 21 000 Kronen in bar befanden, vollständig vernichtet. Sechs Nonnen entgingen nur mit knapper Not dem Feuertode.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

3 besonders billige Schuhtage

Verkauf nur haltbarer Qualitäten.

Dienstag :: Mittwoch :: Donnerstag

Die Preise sind äusserst niedrig

Zur rechten Zeit Geld zu ersparen, ist jetzt die beste Gelegenheit, denn wir geben diese drei Tage auf sämtliche

Schuhwaren „Doppelte Rabattmarken" oder 10% in bar.

Rabatt- oder Konsummarken auf alle Waren

Kaufhaus H. Elkan Leipzigerstr. 87.

Rabatt- oder Konsummarken auf alle Waren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0003

Süssmilch's

Walhalla-Theater.

Gänzlich neues Programm.

C. Ritter von Renroff,
neuester Dressur-Akt, Pferd u. Ballerina. Attraktion v. Hansa-Theater in Hamburg.

Kelly Palmay, ?? Excentrique ??

Alfredo Marschall. Das Bombardement im Kriegshafen.

Lotte Bach, Lieder-Sängerin.

Fred Kaiser, Zirkus-Unikum.

Parisiana Burleske, Der Geldbriefträger von Juel Benno.

Alfred Duske's lebende Photographien.

Erick Süssmilch jun., Deutschlands bester Kunst-Scharfschütze.

Erick Süssmilch jun. wurde für seine Leistungen am 15. Mai 1907 mit der Silbernen Medaille am Bande ausgezeichnet.

Vorverkauf zu ermäss. Preisen im Theaterbureau u. bei Aug. Mosse, Brüderstr. 4.

Eintrittspreise nicht mehr erhöht.

Hochfeine, fette, speckige
Alpen-Limburger Pfund **36** Pf.

Allerfeinste, vollfette
Tilsiter Käse Pfund **68** Pf.

Ia. Edamer Käse Pfund **78** Pf.

Prima Palmbutter Pfund **48** Pf.

Frische Eier Stück **5** Pf.

F. H. Krause,
Gr. Ulrichstr. 44 · Steinweg 17
Leipzigerstr. 18 · Bornburg. Str. 18
Alter Markt 19 · Burgstrasse 7
Gr. Steinstr. 29 · Reilstrasse 111
Thomasiusst. 48 · Landesh. Str. 3.

Die Preise für Spiritus und für die sonstigen Rohmaterialien sind in letzter Zeit so erheblich gestiegen, dass der unterzeichnete Verein sich gezwungen gesehen hat, die Preise für sämtliche Fabrikate, wie dies aller Orten bereits geschehen ist, ebenfalls entsprechend zu erhöhen.

Verein der Spiritus-Interessenten der Provinz Sachsen und des Herzogtums Anhalt.

Konsum-Verein z. Trebnitz. (E. G. m. b. H.)

Bilanz
am Schlusse des 10. Betriebsjahres 1907.

Vermögen.	Vor Verteilung der Erübrigung	Nach Verteilung der Erübrigung
An Sparkassengelder-Konto	78.05	78.05
„ Ausleihn-Konto	398.93	398.93
„ Grundstücks-Konto	14 550.00	14 550.00
„ Waren-Konto	12 983.24	12 983.24
„ Kassa-Kontroll-Konto	434.15	434 15
„ Geräte-Konto	1.00	1.00
„ Lieferant.-Mark.-Abz.-Ko.	92.60	92.60
	28 537.97	28 537.97

Verpflichtungen.		Vor Verteilung der Erübrigung	Nach Verteilung der Erübrigung
Per Spezial-Reserve-Fonds		800.66	1100.66
„ Reserve-Fonds		5117.24	5214.31
„ Kautionsgelder-Konto		2000.00	2000 00
„ Hypothekengelder-Konto		10 000.00	10 000.00
„ Waren-Konto		2972.19	2972.19
„ Gehälter-Konto		403.50	403.50
„ Mitglieder-Anteil-Konto		2631.47	
a) Geschäfts-Ant.	2631.47		
b) Kapital-Divid.	52.34		
c) unabgeh. Rückvergütung	3463.50		6147.31
„ Rückvergütungs-Konto		4612.91	700.00
		28 537.97	28 537.97

Eingetreten waren 45, ausgetreten 12, Bestand 182 Mitglieder.
Die Geschäfts-Guthaben hatten sich um 423 67 Mk. vermindert und die Haftsumme um 660 Mk. vermehrt. Letztere belief sich um 3640 Mk.
Die Waren-Ausgabe betrug diesmal **71 299.99 Mk.** gegen 43 996.93 Mk. im Vorjahre; die Erübrigung 6629.64 Mk.
Letztere kam, einschl. des Vortrages von 1000 Mk. aus dem Vorjahre, wie folgt zur Verteilung:

1. als 4% Kapital-Dividende . . . . . 94 57 Mk.
2. als 10% Rückvergütung . . . . . 5957 80 „
3. Zuschreibung zum Reserve Fonds . . . . 277.27 „
4. Zuschreibung zum Spezial Reserve-Fonds . 600.00 „
5. Vortrag auf neue Rechnung . . . . . 700.00 „

7629.64 Mk.

Trebnitz, den 14. Februar 1908.

Konsum-Verein zu Trebnitz.
Eingetr. Genossensch. m. beschr. Haftpfl.
A. Ullmann. D. Kürbitz. H. Heine.

Stadt-Theater Halle

Direktion: Konrad M. Richards.

Dienstag den 3. März:
164. Ab.-Vorstellung. 4. Viertel. Umtauschkarten gültig.
Zum 6. Male:
Novität! Novität!
Panne.
Lustspiel in 2 Akten von Rich. Skowronnek.
Anf. 7½ Uhr. Ende geg. 10 Uhr.

Mittwoch den 4. März:
165. Ab.-Vorstellung. 1. Viertel. Umtauschkarten gültig.
d'Albert-Abend.
Novität! Novität!
Zum 2. Male:
Flauto Solo.
Komische Oper in 1 Akt von Eugen d'Albert.
Vorher:
Novität! Novität!
Zum 4. Male:
Die Abreise.
Musikalisches Lustspiel in einem Aufzug von Eugen d'Albert.

Gelegenheitskauf.
Prachtv. Federbett, Muschelbettstelle, Waschtisch m. Marmorplatte, Ringschiff-Nähmaschine, Schreibtisch, Schreibstuhl, Serviertisch, So. u. 2 Sessel (wenig gebraucht) staunend billig zu verkaufen
Geiststr. 21, 1 Tr.

Billigste Bezugsquelle
in Drahtgeflechten bei
Carl Lier
Halle a. S.
Ludw.-Wuchererstr. 62
Drahtzaunfabr.
Wiederverkäufern hohen Rabatt.

Zur Konfirmation
empfehle meine unverfälschten Rheingauer- u. Bordeauxweine
August Nicolay, Glauchaerstr. 19, 1 Treppe links.
Kein Laden.

Zu Fastnacht!
Ein wahrer Genuss
sind meine weit bekannten
Mürbteig-Kreppeln
gezuckert 12 Stück 30 Pf.
vanilliert 12 „ 25 „
Pfannkuchen
mit feinster Fruchtfüllung,
12 Stück 50 Pf.
gezuckert 12 Stück 25 Pf.
Täglich reiche Auswahl
div. frisch. Kaffeegebäcks
sowie geschmackvollster
Kuchensorten.
Für Magenkranke
vorzügl. engl. Weiss- und Weizenschrotbrot.
Ferner:
wohlschmeckendes Roggenbrot, verschiedene Frühstücks- und Tafelgebäcke
empfiehlt in bekannter Güte
Max Hänel
Geiststr. 46 und Harz 12.
Telephon 2051.
Jeden Sonntag früh 5 Uhr
Speckkuchen.

Für die vielen Beweise der Teilnahme b. Begräbnis unseres lieben Sohnes Willy sagen wir auf diesem Wege unseren aufrichtigst. Dank. **A. Ullmann u. Frau Ella,** geb. Jahn, Zeitz.

---

50 eigene Dampfer.

Nordsee-Halle.

Am Aschermittwoch
kommt in den meisten Familien ein Fischgericht auf den Tisch. Von ganz frischen Fängen unserer Dampfer treffen am Dienstag und am Mittwoch früh große Sendungen bei uns ein.

Wir empfehlen:

	per Pfund
ff. Kabeljau im Anschnitt	25 ₰
ff. Seelachs im Anschnitt	25 ₰
ff. Schellfisch im Anschnitt	25 ₰
Heig. Schellfisch, I., groß	45 ₰
Heig. Schellfisch, I., großmittel	30 ₰
Heig. Schellfisch Ia., Portions	25 ₰
Bratschellfisch	20 ₰
Knurrhahn	25 ₰
ff. Schollen, 3- bis 6pfünd.	50 ₰

	per Pfund
Netzungen Ia., helle	60 ₰
ff. Kotelletten, bratfertig	85 ₰
ff. Seehecht-Kotelletten	60 ₰
ff. Austernfisch-Kotelletten	60 ₰
ff. Heilbutt im Anschnitt	120 ₰
ff. Steinbutt	
ff. rott. Flußlachs	100 ₰
Nordernetzer Pfahlmuscheln.	

Lebende: Karpfen, Schleie, Aale und Hechte.

„Nordsee-Halle"
der Deutschen Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee".
Telefon 1275. Gr. Ulrichstrasse 58. Telefon 1275.

Eigener Seehafen.

Apollo-Theater.

Direktion: Gustav Poller.
Das neue glänzende Spezialitäten-Programm.
Hierauf folgend: II. große internationale
Ringkampf-Konkurrenz
um den Preis von Halle mit Mark **3000** in bar.
Heute Montag, den 2. März 1908, ringen:

Winzer Schleswig-Holstein	gegen	**Jussuf Mehmed** Konstantinopel.
Mario Texas	gegen	**Paulsen** Dänemark.
Van Dem Holland	gegen	**Gehrmann** Prov. Sachsen.
Fürst Wien	gegen	**Malskies** Ost- und Westpreußen.

Gewinner d. Meisterschaft v. Halle 1906/07.

Lumpen jeder Art u. jeden Posten
kaufe stets bei hohen Preisen.
Wollene weisse Decken als Bettenlagen sehr geeignet, billigst vorhanden. **A. Samuel, Alter Markt 7.**

Stoff-Reste für **Anzüge, Hosen** und **Damenkostümes**
welche sich in allen Farben und Längen ansammeln, werden zu billigsten Preisen verkauft.
Halle a. S. **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87.

Fast neuer Konfirmanden-Anzug bill. z. verk. Kl. Ulrichstr. 36. 3 Tr.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe unseres viel zu früh dahingeschiedenen Kindes, sagen wir für die reichliche Blumenspende und denen, die uns hilfreich zur Seite standen, unsern innigsten Dank.
Theißen, den 1. März 1908.
Albin Graupner und Frau.

Dank.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres treusorgenden Vaters
Julius Schröder
sage ich allen Freunden und Bekannten für den reichen Blumenschmuck meinen herzlichsten Dank. Besonders danke ich dem Bergarbeiter-Verband der Zahlstelle Trebnitz für die reichliche Unterstützung und das Geleit zur letzten Ruhestätte.
Oberschwöditz, d. 27. Febr. 1908.
Die trauernde Witwe
Bertha Schröder nebst Kindern
und Verwandten.

Wenn Liebe könnte Wunder tun
Und Tränen Tode wecken,
So würde Dich mein lieber Mann
Nicht kühle Erde decken.

Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes, unseres guten Sohnes, Bruders u. Schwagers
Richard Hendreich
können wir nicht unterlassen, allen denen, die seinen Sarg so reichlich mit Kränzen schmückten, unseren innigsten Dank auszusprechen. Dank auch dem Jugendverein, dem Turnverein und den Genossen des Verbandes der Bergarbeiter Zahlstelle Trebnitz für die liebevolle Teilnahme beim Begräbnis des Verstorbenen. Ebenso Dank dem Herrn Pastor Kleeberg für die Worte am Grabe, der Schuljugend für den schönen Trauergesang und allen denen, die ihn zur letzten Ruhe geleiteten. Mögen alle vor ähnlichen Schicksalsschlägen bewahrt bleiben.
Trebnitz bei Luckau und Rehmsdorf, den 2. März 1908.
Die tieftrauernde Gattin nebst Eltern, Geschwistern und Verwandten.

Gustav Hendreich.
Tretet still zu meinem Grabe,
Stört mich nicht in meiner Ruh',
Denk, was ich gelitten habe,
Gönnet mir die ew'ge Ruh'.

Danksagung.
Zurückgekehrt vom Grabe meines lieben Mannes sage ich allen denen, die seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten und ihm die letzte Ehre erwiesen, meinen herzlichsten Dank.
Frau Wwe. Minna Walther geb. Parreidt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 53. Halle a. S., Dienstag den 3. März 1908. 19. Jahrg.

Vor sechzig Jahren.

Württemberg und Hessen rühren sich!

Stuttgart, 2. März. In der heutigen Bürgerversammlung wurde eine Vorstellung an die Staatsregierung angenommen und sofort mit Unterschriften bedeckt. Sie beginnt mit den Worten:

Königliche Majestät! Die neuesten Ereignisse in Frankreich fordern den Vaterlandsfreund zu ernsten Betrachtungen auf. Sie sind die Folgen nicht erfüllter Versprechungen. Wir ziehen keine Parallele zwischen der dahingeschwundenen französischen Regierung und den bestehenden deutschen Regierungen, aber wer möchte in Abrede stellen, daß auch in Deutschland gerechter Stoff zur Unzufriedenheit vorhanden ist? Diesen schleunigst zu beseitigen, ist in den jetzigen kritischen Verhältnissen doppelt geboten. (Schwäb. Merkur.)

*

Darmstadt, 2. März. Die ersten Wogen schlagen an das Ufer. Heute morgen um 10 Uhr kam die Deputation hier an, welche die von den Bürgern von Mainz beratene Adresse wegen Herstellung der Preßfreiheit, Wehrverfassung, Revision der Verfassungsurkunde usw. überreichen soll. Noch heute wird eine Deputation der Bürger der Stadt Offenbach hier erwartet. In der verflossenen Nacht fiel hier eine Ruhestörung vor, die übrigens unbedeutend war und schnell unterdrückt wurde. (Köln. Ztg.)

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., 2. März.

Noch ein Preßprozeß.

Am Sonnabend stand Kollege Leopoldt wiederum vor der Strafkammer, um sich wegen Beleidigung des bekannten Gendarmen Varl zu verantworten. Das Schöffengericht hatte in derselben Angelegenheit als erste Instanz unseren Kollegen zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt. Diese Strafe erschien dem Amtsanwalt zu gering, und der Staatsanwalt verlangte auf eingelegte Berufung vor der Strafkammer drei Monate Gefängnis. Aber auch Kollege Leopoldt hatte gegen das erste Urteil Berufung eingelegt, um eine Herabminderung der Strafe zu erzielen. Zur Anklage stand der im September v. J. unter der Ueberschrift „Piepende Regenwürmer" im Volksblatt veröffentlichte Artikel. In dem Artikel wurde behauptet, daß Gendarm Varl einer an ihn erstatteten Anzeige nicht Folge geleistet, keine Ermittelungen angestellt habe. Die Verhandlung der ersten Instanz hatte ergeben, daß Varl doch Ermittelungen und zwar bei einem der Beschuldigten angestellt habe. Leopoldt wies in der Verhandlung am Sonnabend darauf hin, daß es wohl mehr als eigenartig sei, wenn ein Gendarm sich damit begnüge, daß er Ermittelungen bei einem der Beschuldigten anstellt. Da könne allerdings nichts herauskommen. Aber selbst von diesen Ermittelungen ist den Arbeitern und dem Anzeigeerstatter nichts bekannt geworden, sodaß sie der Ansicht waren, daß die Anzeige ohne Folgen geblieben sei. Diese Ansicht konnte um so leichter auftauchen, als dem Gendarmen Varl selbst vom Gericht bestätigt worden ist, daß er in einem anderen Falle nicht in berechtigter Ausübung seines Amtes gehandelt habe.

Der Staatsanwalt beantragte Erhöhung der Strafe auf drei Monate, da mit den sechs Wochen die schwere Beleidigung nicht gesühnt sei. Rechtsanwalt Dittenberger trat in längeren Ausführungen für Freisprechung event. Herabsetzung der Strafe ein. Das Gericht kam jedoch zur Verwerfung beider Berufungen. Die sechs Wochen Gefängnis erschienen nach Lage der Sache angemessen.

Irrtümer unter dem Eide.

Wie leicht unter dem Eide diametral entgegenstehende Aussagen gemacht werden können, ohne daß eine böswillige Absicht auch nur angenommen werden kann, ergab eine vor dem Schöffengericht stattgehabte Verhandlung gegen den Schankwirt Dommershausen wegen angeblichen Ueberknipps. Der Gastwirt sollte eine Geldstrafe von 9 Mark bezahlen, da er in der Nacht vom 4. zum 5. Januar nach den Angaben des Polizisten Engelmann bis 2 Uhr 35 Minuten Gäste in seinem in der Blücherstraße belegenen Lokal geduldet haben sollte.

Der Gastwirt beantragte gerichtliche Entscheidung und behauptete mit aller Entschiedenheit, er habe seinen damaligen Gästen um 2 Uhr Feierabend geboten und die Gäste hätten höchstens bis einige Minuten nach 2 Uhr im Lokale verweilt; was der Beamte angezeigt habe, sei positiv unrichtig. Zwei und noch mehr Zeugen könnten bekunden, daß das Lokal gleich nach 2 Uhr geschlossen worden sei. Uebrigens habe der Polizist selbst gesagt, als er das Lokal das erste Mal betrat, „es ist 2 Uhr usw." Die Gäste standen im Begriff, zu gehen. Bald nachdem sei der Polizist wiedergekommen und habe gesagt: „Machen Sie nun Schluß, ich kenne Ihre Finten".

Der Polizist bekundete mit Bestimmtheit, er habe am betreffenden Abend vor dem Nachtdienstantritt seine Uhr gestellt, dann etwa um 2 Uhr nachts seinen Patrouillengang begonnen. Dann sei er durch die Linden-, Königstraße und sog. Schlippe an der Waisenhausmauer gekommen; da habe es ½3 Uhr geschlagen; Als er in die Blücherstraße nach dem Lokal des Angeklagten kam, sei es mindestens 2 Uhr 35 Minuten gewesen; ein Irrtum sei ausgeschlossen. Demgegenüber bekunden aber die beiden Gäste, Student Mendel und ein Schuhmachermeister, mit der gleichen Bestimmtheit, als der Beamte in das Lokal trat, sei es 2 bis 3 Minuten nach 2 Uhr gewesen; man hatte sich zum Weggehen fertig gemacht. Der Beamte habe gesagt, so warf der Angeklagte hierbei ein, „es ist 2 Uhr, der Wachtmeister kommt". Die Entlastungszeugen bekunden, sofort, als der Beamte eintrat, hätten sie und der Wirt nach ihren richtig gehenden Uhren gesehen und da sei es im allerungünstigsten Falle 5 Minuten nach 2 Uhr gewesen. Eine Täuschung oder ein Irrtum sei ausgeschlossen. Unter keinen Umständen sei es ½3 Uhr oder gar noch später gewesen, wie der Polizist bezeuge. Der Polizist blieb aber bei seiner Aussage.

Der Amtsanwalt schenkte den Angaben des Polizisten Glauben und meinte, die Polizeiuhr werde wohl richtig gegangen sein, denn die Polizei sei militärisch organisiert und an militärische Pünktlichkeit gewöhnt. Der Beamte habe sich auch als durchaus zuverlässig erwiesen. Der Angeklagte sei zu verurteilen.

Das Gericht erkannte wohl an, daß der Aussage des Polizeibeamten zwei einwandfreie Aussagen gegenüberstehen; es nahm aber nicht an, daß auf irgendeiner Seite eine böswillige Eidesverletzung vorliege. Allerdings, eine Partei müsse sich geirrt haben; welche das aber sei, könne man nicht sagen. Da aber Zweifel vorhanden sind, mußte der Angeklagte freigesprochen werden.

Jener Studenten-Exzeß,

der sich in der Nacht vom 26. Juli v. Js. auf der Ziegelwiese abspielte und mit der Bestrafung der Studenten Roskowsky und Tobias wegen Sachbeschädigung vor dem Schöffengericht endete, beschäftigte am Sonnabend die Strafkammer als Berufungsinstanz. Obwohl die beiden Leutchen mit der gelinden Geldstrafe von je 20 Mark davongekommen waren, hatten sie Berufung eingelegt. Wir haben vor Weihnachten über den Vorfall ausführlich berichtet. In fraglicher Nacht hatten mehrere studentische Korporationen nach einer Wasserfahrt tüchtig gekneipt und dann auf dem Heimwege ihre beliebten Studentenauls" unternommen. Ein Laternenanzünder, der den Brüdern unbemerkt nachgegangen war, stellte fest, daß auf dem Wege von der Weißnitzbrücke nach der Schleuse die Glasscheiben von sieben Laternen — Gegenstände, die dem öffentlichen Nutzen dienen — zerstört waren. Als Täter erkannte der Laternenanzünder die beiden Angeklagten. Sie hatten bekanntlich vor dem Schöffengericht die Dreistigkeit besessen, sich den Studenten Engelhardt als Entlastungszeugen mitzubringen, der sie aus der Patsche reißen sollte. Dabei stellte sich dann heraus, daß Engelhardt als dritter Täter in Frage kam und von seinem Recht der Zeugnisverweigerung Gebrauch machen konnte. Selbstverständlich wurde die Berufung der Studenten von der Strafkammer verworfen, da der Fall sich ähnlich darstellte, wie vor dem Schöffengericht! Eigentlich müßte ja gegen Engelhardt

1 Waggon Linoleum

Zum Verkauf gelangt nur tadellose fehlerfreie Ware.
Neueste Muster
Keine Ausschussware.

Linoleum-Läufer
60 cm breit Meter 58 Pf.
67 cm breit Meter 85 Pf.
90 cm breit Meter 1.10
110 cm breit Meter 1.25
130 cm breit Meter 1.45
200 cm breit □ Meter 1.00

Linoleum-Vorlagen abgepasst mit Borten
Grösse 40/40 45/65 60/90 70/120 90/140
25 Pf. 40 Pf. 68 Pf. 1.00 1.50

Linoleum-Reste in Läufer, ca. 200 cm breite Ware, zum Belegen ganzer Zimmer zu auffallend billigen Preisen.

Linoleum-Teppiche
abgepasst mit Borten ca. 2,2 mm stark.
Gr. 200|150 5.75
Gr. 250|180 9.50
Gr. 300|200 12.75

Engl. Tüll-Gardinen.
Nur solange Vorrrat. Ausserordentlich billig.
550 abgepasste Fenster zu drei Einheitspreisen Serie I 6.75 II 4.50 III 2.95
Regulärer Wert bedeutend höher.

375 abgepasste Portieren in Filztuch, Velvet u. Kelim.
(2 Shawls, 1 Lambrequin.)
Farben: bordeaux, olive, bleu, kupfer.
Garnitur: Serie I 7.85 II 4.75 III 2.25

3117 Meter englische Tüll-Gardinen
allerneueste Muster
Ia. Qualitäten.
Meter 1.10 Mk.
Meter 85 Pf.
Meter 58 Pf.
Meter 45 Pf.
bis 28 Pf.

Hamburger Engros-Lager Leopold Nussbaum
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 60|61. G. m. b. H.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0005

ein besonderes Strafverfahren wegen Sachbeschädigung eingeleitet werden. Jedoch das kann uns gleichgültig sein. Wir haben auch an sich nichts gegen die Verhängung milder Strafen einzuwenden. Worüber wir uns aber erregen und wogegen wir uns mit Recht wenden müssen, das ist die verschiedenartige Abmessung der Strafen bei Studenten, Arbeitern und besonders sozialdemokratischen Preßsündern. Vergleiche man die gegen den Genossen Leopoldt jüngst verhängten Strafen — die selbstverständlich auf einem anderen Gebiet liegen — mit den Strafen, die gegen Studenten verhängt worden sind, die besonders im Dezember vor Gericht standen, und man wird nicht sagen können, daß die Urteile miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Wir sind felsenfest davon überzeugt, daß, wenn in solchen Fällen **Arbeiter als Richter** mitwirken würden, die Verschiedenartigkeit der Urteile nicht möglich wäre. Und die Betonung der Tendenz bei der Abmessung der Strafe würde jedenfalls bald verschwinden. Daß ein Sozialdemokrat den Militarismus bekämpft, ist sein gutes Recht, das er sich auch künftig nicht nehmen lassen wird. Aber studentische Flegeleien dürfen nicht milder beurteilt werden, als wenn Arbeiter solche begehen, sintemalen später solch flegelhafte Studenten einmal als getreue Staatsstützen, als Richter und Staatsanwälte tätig sein werden. Da müßte eigentlich bei den „gebildeten" Studenten jeder Dummejungenstreich strenger angesehen werden.

Augenwohl-Schwindel

Vor kurzem noch erschien auch im hiesigen Generalanzeiger ein Inserat mit der Ueberschrift **6000 Flaschen Augenwohl gratis!** Nach dem Inhalte des Inserats sollte jede Person, die schwache Augen habe, bei Aufgabe ihrer Adresse eine Flasche gratis erhalten. Gleichzeitig wurde das Augenwohl in marktschreierischer Weise angepriesen, nicht nur als dauernde Stärkung gegen schwache Augen, sondern auch als „einzige unvergleichliche Heilung". Zum Ueberfluß wurde noch behauptet, daß beim Gebrauch von Augenwohl Augengläser überflüssig würden und daneben waren zwei Männer abgebildet, die ihre Augengläser wegwerfen. **Auf diesen Mumpitz** ist eine große Reihe **Dummer hineingefallen. Wir** haben schon voriges Jahr vor diesem Schwindel gewarnt und unsere Expedition hat die Aufnahme dieses Inserats abgelehnt. Die hiesige Inseratenplantage läßt sich natürlich das lukrative Geschäft nicht entgehen. **Aber auch in Sachsen** haben verschiedene solche Annoncenblätter das Inserat gebracht. Deshalb wurde gegen den Geschäftsführer der Augenwohl-Gesellschaft Haering in Berlin wegen Uebertretung der sächsischen Ministerialbekanntmachung vom 14. Juli 1908 betreffend marktschreierische Heilinserate ein Strafverfahren eingeleitet, das zur Verurteilung des Angeklagten führte, weil nach dem Sachverständigenurteil **Augenwohl ein ganz minderwertiges Fabrikat ist**, dem die angepriesenen Eigenschaften **abgingen** und bei dessen Gebrauch die versprochenen Wirkungen **ausblieben**. Das Dresdener Oberlandesgericht verwarf die Revision.

Die Ansicht des Gerichts, bemerkt hierzu mit Recht der **Vorwärts**, daß die Ministerialverordnung **rechtsgültig** sei, teilen wir nicht, weil unseres Erachtens nur ein **Reichsgesetz** preßgesetzliche Schranken errichten darf. Solche partikularrechtliche Verordnungen sind, auch wenn sie hier und da ein marktschreierisches Inserat treffen, für die **Preßfreiheit** gefährlich und können auch anständige Annoncen usw. treffen. Die Verordnung selbst ist aber auch überflüssig und bedenklich, weil sie die Gefahr nahelegt, solche gemeingefährlichen Fälle wie den Augenwohl-Schwindel lediglich als Uebertretung zu bestrafen, wiewohl auf derartige Inserate unseres Erachtens die schärferen Strafbestimmungen über Betrug und unlauteren Wettbewerb zutreffen. Betrügerischen Quacksalberei-Inseraten kann man mit den allgemeinen Strafbestimmungen weit besser zuleibe gehen, als durch wohl gutmeinte Ministerialverordnungen, die im letzten Grunde doch nur sich selbst als wirkungslose Salben gegen derartige die Gesundheit von Menschen gefährdenden, gemeingefährliche Manipulationen erweisen. Der Kampf gegen solche Schwindelinserate wird leider fast nur **ausschließlich seitens der sozialdemokratischen Presse** durch strikte Ablehnung der Aufnahme all solcher Inserate geführt.

---

* **In der Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins** wurden im Laufe des Monats Februar ausgegeben 293 Bücher und zurückgegeben 297 Bücher. Von den ausgeliehenen Büchern waren 45 Partei- und politische Schriften, 59 Werke wissenschaftlichen Inhalts und 149 Bände Unterhaltungsliteratur.

* **Karten zum zweiten Richard Wagner-Abend** sind im Partei- und Arbeitersekretariat sowie in den Gewerkschaftsbureaus, Harz 42-43, **nicht mehr** zu haben. Sollten in den Bureaus außerhalb des Genossenschaftshauses noch einige Karten vorhanden sein, so wird das in der am Mittwoch erscheinenden Nummer bekannt gegeben werden.

* **Gegen Alkoholismus und Trinkunsitte.** Wie uns mitgeteilt wird, hält der Großkanzler des internationalen Guttemplerordens, Herr A. Smith, am Montag, 9. März d. Js., abends 8 Uhr, in den Thaliasälen hier einen Vortrag über die Alkoholfrage. Bei der Bedeutung, die dieser Gegenstand für unser Volksleben und unsere wirtschaftlichen Verhältnisse hat, ist der Besuch dieses Vortrages, an den sich freie Diskussion anschließen soll, warm zu empfehlen.

* **Festsetzung des ortsüblichen Tagelohnes.** Seitens des Regierungspräsidenten ist laut amtlicher Bekanntmachung der ortsübliche Tagelohn für den Stadtkreis Halle wie folgt festgesetzt: Für männliche, über 16 Jahre alte Arbeiter 3.30 Mk., für weibliche über 16 Jahre alte Arbeiterinnen 1.50 Mk. Diese Lohnsätze treten mit dem 1. April d. J. in Kraft. Bisher war der Lohnsatz 2.45 Mk. bezw. 1.10 Mk. Die Erhöhung beträgt also für männliche Arbeiter 85 Pfg., für weibliche 40 Pfg. Dadurch treten die betr. Arbeiter auch in eine höhere Klasse der Invalidenversicherung ein. Es müssen deshalb vom 1. April ab für diese männlichen Arbeiter Marken der Lohnklasse IV, für die weiblichen der Lohnklasse II verwendet werden. Auch für die in Privathaushaltungen beschäftigten **Dienstmädchen** dürfen vom 1. April ab als niedrigste Invalidenmarken nur solche der Lohnklasse II zur Verwendung gelangen. Die betr. Arbeiter mögen also aufpassen, daß für sie richtig geklebt wird.

* **Der Verein Volkswohl** eröffnet, wie aus dem Inserat in der Sonntagnummer ersichtlich ist, morgen, Dienstag, die Krippe I im eigenen Grundstück Lafontainestr. 20 wieder, nachdem sie einige Monate geschlossen war. Die zweite Krippe befindet sich bekanntlich Weingärten 21 und erfreut sich eines zahlreichen Zuspruches. Die wieder eröffnete Krippe I befindet sich in freundlich gelegenen hohen, luftigen Räumen, eine große Veranda und ein schöner Garten wird den Kleinen bei schönen Tagen ein herrlicher Tummelplatz sein. Da die bisherige Leiterin der Krippe II die Krippe I übernommen hat, steht zu hoffen, daß auch diese Krippe aus den Kreisen derjenigen armen Familien, die leider gezwungen sind, die Mutter mit in das Joch des Erwerbs zu spannen, zahlreich benutzt werden, um so mehr, da die Behandlung der Kinder eine liebevolle, die Erziehung eine sachgemäße unter Zugrundelegung aller sanitären Maßnahmen erfolgt, und die Entschädigung für Beaufsichtigung, Tagsmahlzeiten 2c. nur 25 Pfg. täglich beträgt.

* **Die Abstinenzbewegung unter den Studenten.** Der deutsche Bund abstinenter Studenten versendet jetzt in Tausenden von Exemplaren ein Zirkular an die Studenten aller Universitäten, in dem er es als **Ehrensache** bezeichnet, daß der deutsche studentische Idealismus bei dem Kampf gegen die Alkoholschädigung im Vordertreffen stehen müsse, zumal die akademische Jugend selbst einen großen Anteil an der Schuld der Alkoholisierung unseres Volkes trage. Glühende Vaterlandsliebe, sagen sie, sei die Triebfeder ihres Handelns, sie müßten und könnten etwas leisten, ihr Beispiel, das Beispiel der „Sachverständigen in Bierangelegenheiten", müßte ganz besonders beachtet werden. Diese Studenten erstreben einen Zusammenschluß derer, die einsehen, daß die heutige studentische Geselligkeit sich im Stadium verknöcherten und verflachten Epigonentums befinde, daß sie den Einzelnen mit tyrannischer Gewalt gegen seinen besseren Geschmack durch die Trinksitten in ihr ausgetretenes Geleise zwinge. Die jungen Männer wollen, daß die durch Alkohol gebundene Kraft sich in anderen edlen und frohen Betätigungen jeder Art, auch auf dem Gebiete der Kunst und der Anteilnahme an großen Fragen des deutschen Volkslebens umsetze. Ein starkes, lebensvolles, zukunftsfrohes Neue wird sich im deutschen Volke ans Licht emporringen, so rufen sie ihren Kommilitonen zu: Helft mit, ihm freie Bahn schaffen.

Hoffentlich verhallt dieser Ruf nicht ungehört. So mancher junge Student, der heute sein bißchen Geist versäuft, würde ein brauchbares Glied der menschlichen Gesellschaft werden. Und die vielen Roheiten würden aufhören, unter denen jede Universitätsstadt seufzt.

* **Ausschreibung.** Zur Heizung der städtischen Gebäude wird für die Zeit vom 1. April d. J. bis 31. März 1909 die Lieferung vom 700 000 Kilogramm Braunkohlen-Salon-Briketts, 300 000 Kilogramm Braunkohlen-Industrie-Briketts, 400 000 Kilogramm westfälische Nußkohlen, 90 000 Kilogramm kleingemachtes kiefernes Brennholz, 5000 Hektoliter Förder-Braunkohlen vergeben. Angebote sind bis Montag den 9. März, vorm. 10 Uhr, an das Magistratsbureau I, Marktplatz 24, Zimemr 23, einzureichen. Die Bedingungen liegen im städtischen Heizungsbureau, Marktplatz 20, Zimmer 8 zur Einsicht aus.

* **Eine Kläranlage auf dem Tafelwerder** soll nach Mitteilungen der bürgerlichen Presse das Schlußstück unserer großen Kanalisation bilden. Man will im Zuge der Brachwitzerstraße den Hauptsammler zum toten Saalearm des Tafelwerders führen und durch einen Düker hinüberleiten, wo dann die Wasser durch moderne Anlagen geklärt werden, ehe man sie der Saale übergibt. Der Tafelwerder wird eingedeicht; weiter muß eine Fläche von 3300 Quadratmetern zwischen dem Tafelwerder und der Brachwitzerstraße aufgehöht werden. Die Pläne liegen bis zum 15. März im Landratsamte aus.

* **Selbstmord** durch Erhängen beging am Sonntag nachmittag in der Wohnung seines Schwiegersohnes, Rosenstraße 1, ein 69 jähriger Lohndiener. Die Tat geschah in der Abwesenheit seiner Verwandten. Als seine Tochter kurz nach $^1/_4$6 Uhr die Wohnung betrat, fand sie ihren Vater an der Türklinke seines Zimmers hängend auf. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Als Grund der Tat kann nur Krankheit in Frage kommen, da der alte Mann sonst über nichts zu klagen hatte.

* **Seinen Verletzungen** erlegen ist der Heizer Waltz aus Weißenfels, der am Freitag früh auf dem Weißenfelser Bahnhof dadurch verunglückte, daß er beim Speisen der Lokomotive von derselben herunter auf einen großen spitzen Haken fiel. Der Haken riß dem Unglücklichen den Leib vollständig auf, sodaß die Eingeweide heraustraten. Infolge der schweren Verletzung wurde der Verunglückte nach der hiesigen Klinik überführt, wo er bald darauf starb.

* **Gestörte Einbrecher.** Der Oberwächter Nr. 2 der Wach- und Schließgesellschaft nahm in der verflossenen Nacht gegen $1^1/_2$ Uhr einen Mann fest, welcher in den Keller des Grundstücks Leipzigerstr. 33 eingedrungen war und bereits einen Lattenverschlag erbrochen hatte. Der Eindringling wurde der Polizei übergeben. Einem zweiten Manne, der anscheinend Schmiere gestanden hatte, gelang es, zu entkommen.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Dienstag: Panne. Mittwoch: Flauto solo, ihr geht voraus Die Abreise. Donnerstag: **Die Schmuggler.** Freitag Benefiz Theo Raven Die Afrikanerin.

* **Das Apollo-Theater** wartet wieder mit einem sehr netten Spielplan auf. Die Liebesfestung hat den starken Männern das Feld geräumt. Das neue Programm ist recht abwechslungsreich. Den Reigen eröffnet Wilma Römer, eine fesche Verwandlungssoubrette. Die komischen Exzentrik-Komödians Hill und Hull tanzen wie auf Sprungfedern und erregen allgemeine Bewunderung. Das Turnfach ist durch die Bahnores-Eltuns ausgezeichnet vertreten. Die drei Akrobaten bieten neue Tricks, die Erstaunen erregen. Kitz, die vier tanzenden Zigeunerinnen, sind hübsche junge, schicke Damen. Ihre Tänze sind formvollendet und elegant. Ein Charakterhumorist, wie man ihn sich nicht besser wünschen kann, ist der Münchener Karl Sedlmayer. Als bayrischer Sittlichkeitsapostel wirkt er geradezu grotesk und seine nationale, politisch fein pointierte Rede als deutscher Reserveleutnant über die Hausschlüsselsteuer entfesselt wahre Lachsalven. Als Professor Schwefelmeyer erklärt er in launiger Weise, daß es gute Früchte tragen muß, wenn Männer und Frauen zusammen arbeiten. Sedlmayer versteht als Satiriker die Mucker, die Ueberteutschen und auch „unsern Bülow" vortrefflich zu zeichnen. Zum Schluß kommt der Ringkampf, der auch seine Liebhaber findet. Gestern abend warf der Ostpreuße Malskies den Magdeburger Reinicke; der Holländer van Dem den Hamburger Dangers und Mehmed-Konstantinopel den Sachsen Gehrmann. Fürst von Wien und der Ungar Tripold wälzten sich, ohne zum Abschluß zu kommen, 20 Minuten auf der Bühne umher. J. E.

* **Walhalla-Theater.** Endlich etwas besseres! Nicht mehr die Nummer 554 und anderes der Nick-Carter-Gesellschaft. Ein sehr interessantes Programm ist dem des Februar gefolgt. Den Reigen eröffnet Lotte Bach als Liedersängerin. Die Dame verfügt über eine angenehme Stimme, ihr Lied vom Zigeunerkind fand lebhaften Beifall. Als Zirkus-Unikum tritt Fred Kaiser auf. Er zeigt sich als tadelloser Springer und verfügt auch über einen guten Humor. Ueber eine hübsche Figur verfügt Nelly Palmay. Ihr exzentrisches Wesen verleitete manchen zu Beifallsbezeugungen, die den Vorträgen selbst wohl weniger zuteil geworden wären. Pferd und Ballerina betitelt sich die Piece des C. Ritter v. Renroff. Die Dressur des Pferdes ist eine Glanzleistung. Einen überaus reichen Erfolg errang E. Süßmilch jun. als Kunstschütze. Er ist den Hallensern bereits bekannt. Auch heute zeigte er seine erstaunliche Sicherheit in der Handhabung der Schußwaffen. Mit Kanonenkugeln, Granaten und Kanonen jongliert Alfredo Marschall. Seine Arbeit wird ihm so leicht niemand nachmachen. Den Schluß des Programms bildet eine Burleske: Der Geldbriefträger. Den Inhalt des Stückes brauchen wir nicht wiederzugeben. Wir können nur jedem Lachlustigen empfehlen, sich dieses närrische Dings **anzusehen**. Nur Moralisexen mögen sich vor Beginn der Burleske entfernen, für sie ist es nichts. Dem Gesamtspielplan kann nur volles Lob zugedacht werden. Es wird wirklich etwas geboten. — Gegen acht Uhr war der Andrang zu den Kassen lebensgefährlich. Eine ganze Anzahl Personen mußte unbefriedigt umkehren. Fürs nächste Mal werden sie sich wohl vorher mit Billetts versehen. dt.

Könnern, 29. Februar. (E. B.) **Ein Streit um den Doktortitel.** Der 53jährige Friedrich Kayser von hier, der in der Bahnhofstraße als Zahnheilkundiger ein Geschäft betreibt, hat sich wiederholt in dem Anzeiger für Stadt und Land unberechtigt als Dr. chirg. dent., das heißt zu deutsch, als Doktor der Zahnheilkunst bezeichnet. In wunderbarer Reklame hatte er verkündet, ganz Könnern und Umgegend müßte es wissen, in welcher gediegenen Weise er Mund- und Zahnkrankheiten heile. Der Mann ist schon sehr oft wegen unbefugter Beilegung des Doktortitels bestraft worden. Er tritt aber immer und immer wieder mit der Behauptung auf, er habe sich den Doktortitel in Amerika, dem Staate Illinois, erworben. Im Dezember v. J. bezeichnete er sich auch in Eingaben an die Polizei als Dr. chirg. dent., infolgedessen er eine Reihe Strafmandate von 40 bis 150 Mk. erhielt. Da die Strafmandate aber nicht „fruchteten", verurteilte man Kayser vom hiesigen Schöffengericht im Januar auch noch zu 100 Mk. Geldstrafe wegen unberechtigter Titulation. Gegen dieses Urteil und die vorangegangenen Strafmandate hatte Kayser bei dem Landgericht Halle Berufung eingelegt. Sein Verteidiger führte rechtfertigend aus, Kayser nehme den Titel nicht an, sondern er konstatiere in seinen Publikationen nur die Tatsache, daß er in Amerika den Titel bekommen habe. Das Gericht kam aber zur Verwerfung der Berufung des Angeklagten.

Ofendorf, 29. Februar. (E. B.) **Als liebloser Vater** hatte sich, wie wir vor einiger Zeit aus einer Schöffengerichts-Verhandlung in Halle berichteten, der Bergmann **Thomas** von hier gezeigt. Er hatte eines Tages seinen eigenen Sohn mit seinem Leibriemen in barbarischer Weise mißhandelt, den Jungen zu Boden geworfen und mit dem Fuße in das Gesicht getreten. Da er auch mit der Schnalle des Riemens schlug, trat eine Person dagegen auf. Diese soll er dann mit dem Messer in der Hand bedroht haben. Das Schöffengericht hatte für die herzlose Tat eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten und eine Woche verhängt. Das Landgericht Halle ermäßigte die Strafe auf eingelegte Berufung auf 30 Mk. Geldstrafe eventl. zehn Tagen Gefängnis, da nur eine Ueberschreitung des Züchtigungsrechts vorliege.

Aus den Nachbarkreisen.

Ein Eldorado von Mißständen

ist die Grube „Neuglück" bei **Rumsdorf**, im Volksmund „Unglück" genannt. Die Grube gehört einer Aktiengesellschaft m. b. H. und wird von einem Obersteiger geleitet. Vor kurzer Zeit hatte die Belegschaft in einer Versammlung gegen die dort bestehenden Mißstände Stellung genommen. Es schien auch, als wenn Abhilfe geschaffen werden sollte. Der alte Obersteiger Busch, welcher an den schlechten Verhältnissen die größte Schuld tragen sollte, wurde „gegangen". Der neue Obersteiger erklärte vor der gesamten Belegschaft, daß er sich Mühe geben wollte, **alles wieder in Ordnung** zu bringen. **Gesagt** war es bald, aber **getan** ist noch nichts! Es erweckt den Anschein, als wenn der Herr Obersteiger mit diesen Worten den Arbeitern nur einen Honigfaden durch den Mund ziehen wollte, damit er sie bei gutem Glauben erhielte.

In der Belegschaftsversammlung wurde bitter über die **niedrigen Löhne** Klage geführt. An das Zugeständnis, welches man den Bergarbeitern nach dem neunwöchentlichen Kampf gemacht hat, Lohn und Gedinge so zu regeln, daß kein Arbeiter in der Grube unter **4,50 Mk.** arbeiten sollte, scheint man hier nicht zu halten. An der letzten Löhnung wurden Löhne von **3,01 Mk.**, **3,11 Mk.**, **3,20 Mk.** usw. gezahlt. Daß mit einem derartigen niedrigen Lohn nicht Haus zu halten ist, sollte auch der Herr Obersteiger wissen. Mit den gezahlten Hungerlöhnen muß der Arbeiter nach dem „Hitzeschen Wurstbrühzettel" leben. Quark, Leinöl, Hering und Kartoffeln sollen wahrscheinlich Nationalspeisen der Bergarbeiter bleiben. Auf Beschwerden über die geringen Löhne hat man die Bergleute immer mit der Mahnung abgespeist: „Seid fröhlich in Hoffnung, geduldig in Trübsal, haltet an im Gebet."

Nicht nur, daß man schlechte Löhne zahlt, auch die **Wetterverhältnisse** in der Grube spotten aller Beschreibung. Die Wetter in der Grube sind oftmals so schlecht, daß nicht einmal die Lampe bei der Arbeit brennt und in dieser Luft soll der Bergmann arbeiten! Wenn das Grubenlicht (Oellampe) nicht brennt, der Arbeiter aber auch etwas verdienen will, so bleibt ihm weiter nichts übrig, als mit der Carbidlampe zu arbeiten, die brennt wenigstens doch in den schlechten Wettern. Um sich vor Gefahren zu schützen ist es notwendig, daß der Bergarbeiter seine Arbeit mit Holz gut verbaut und stützt. Dies tut der Bergarbeiter, ohne daß er dazu veranlaßt wird. Die Grubenverwaltung hat das Holz dazu zu liefern und dafür Sorge zu tragen, daß fortwährend genügend Holz sich in der Grube befindet. In der Zeit, wo sich der Unglücksfall mit Friedrich ereignete, war **Holzmangel** in der Grube. Die Häuer mußten den ganzen Bau ablaufen, ehe sie ein Stück fanden. Wenn sich die Arbeiter darüber beschwerten, so wurde von den Beamten ganz trocken geantwortet, „**draußen liegt genug herum**". Der Arbeiter bekommt oftmals für das Verbauen nichts, wenn er dann auch noch die Zeit mit dem Suchen nach Holz verlieren soll, so ist er doppelt schlimm daran. Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn auch mal der Arbeiter leichtfertig handelt und sein Leben und Gesundheit nicht genügend schützt. Kommt dann ein Unglücksfall vor, dann fällt alles über den Arbeiter her wegen seiner Leichtfertigkeit, den Schuldigen sucht man aber nicht.

Ein fühlbarer Uebelstand ist auch das **Fehlen der Abortkübel**, im ganzen Bau soll nicht ein einziger vorhanden sein. Wenn die Arbeiter ihre Notdurft verrichten müssen, so bleibt ihnen weiter nichts übrig, als dies in den Strecken zu verrichten. Das ist, gelinde gesagt, die **größte Schweinerei**, welche man den Arbeitern zumutet und hier duldet. Die Grubenluft ist an und für sich schon schlecht, wenn sie nun noch durch den Dunst der menschlichen Exkremente verpestet wird, dann darf es nicht wundernehmen, wenn Krankheiten entstehen. Mit Leichtigkeit, ohne große Kosten, könnte die Verwaltung diesen Uebelstand sofort beseitigen. Das Wagenschmieren, welches so notwendig ist wie das Maschineschmieren, wird hier auch nicht besorgt. Keine Seltenheit ist es, daß der Arbeiter sein Lampenöl zum Schmieren der Wagen verwenden muß. Die Wagen sind mit der größten Kraftanstrengung kaum fortzubewegen. Wenn einige hintereinander geschoben werden, so entsteht das schönste Konzert, denn auf allen vier Achsen pfeifen die Räder. Wenn die Beamten die Wagen schieben sollten, würden sie schon geschmiert werden, für den Arbeiter ist es so gut genug, der mag sich nur plagen.

Wenn der Arbeiter neun Stunden bei schlechten Wettern, in Nässe oder Hitze gearbeitet hat, und er dann mit nassen, von Schweiß getränkten Kleidern ans Tageslicht fährt, so wäre es Pflicht der Verwaltung, für eine Erquickung der Arbeiter zu sorgen. Wir verlangen dazu kein Bier, Schnaps oder andere Getränke, sondern zu unserer Erquickung genügt ein **reiner, warmer Baderaum**, wo wir uns von dem Schmutz und Staub durch ein Bad reinigen können. Ein Baderaum mit fünf Brausen ist wohl vorhanden, aber von den fünf Brausen sind **vier Brausen kaput**, nur eine einzige spendet noch einige Tropfen Wasser. Unter **den** Umständen ziehen es die Arbeiter vielfach vor, auf die Erquickung zu verzichten und laufen lieber mit dem Schmutz nach Hause.

In der Oeffentlichkeit rumort man so gern damit herum, daß die Grubenbesitzer alle möglichen hygienischen und sanitären Einrichtungen für die Arbeiter geschaffen haben. Wie

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0006
DFG

ficht es aber damit aus? Man hat bei jeder Gelegenheit ein großes Wesen gemacht, in Wirklichkeit hat man nichts geschaffen. Verbesserungen sind schon oft versprochen, Versprechen und Halten ist aber zweierlei. Nach den Erfahrungen, welche wir auf diesem Gebiet gesammelt haben, kann man ruhig sagen: „Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Den Bergarbeitern blieb jetzt nur noch die Flucht in die Oeffentlichkeit übrig. Vergeblich ist bisher Abhilfe zu schaffen gesucht worden. Hoffentlich fühlt sich nun die Verwaltung veranlaßt, die Mißstände nicht nur durch Berichtigungen an die Presse aus der Welt zu schaffen. Auch der Bergmann hat ein Recht zu leben. Er wird sich dieses Recht auch zu wahren und zu verbessern wissen.

Zeitz, 1. März. (E. B.) **Achtung, Holzarbeiter!** Bei der Firma Steudel, Pianoforte-Bestandteilfabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma kündigte ihrerseits den Tischlern, da diese es gewagt hatten, bei der ungeheueren Antreiberei einige Pfennige Lohn mehr zu verlangen. Wir ersuchen die Holzarbeiter allerwärts, davon Notiz zu nehmen.

Zeitz, 1. März. **Sozialdemokratischer Verein.** Morgen, Dienstag, abend spricht Genosse Oelßner-Leipzig über das Thema: Der moderne Staat. Wir hoffen, daß recht viele Mitglieder und deren Frauen die Versammlung besuchen.

Weißenfels, 1. März. (E. B.) **Eine empfehlenswerte Krankenkasse.** Die Frau eines unserer Leser gehört seit dem 15. September v. J. der „Bürgerlichen Kranken-Versicherungs-Kasse in Leipzig" an. Platzvertreter der Kasse war ein Herr W. Dennhardt, Grüne Gasse 10, die zu leistenden Beiträge zieht ein Kassierer ein. Dieser erhielt seinerzeit von dem Mitgliede für vier Monate Beiträge im voraus. Am 6. Februar wollte der Mann wiederkommen, er ließ sich aber nicht wieder sehen. Am 10. sandte deshalb das in Frage kommende Mitglied die Beiträge an die Kasse in Leipzig ein. Der Betrag wurde zurückgesandt mit folgender Bemerkung auf dem Abschnitt der Postanweisung:

„Wir teilen Ihnen hierdurch höfl. mit, daß wir Ihre uns eingesandten Beiträge pro Monate Januar-März zu uns. Bedauern nicht mehr annehmen können und sind Sie deshalb nach § 7 Abs. 3 uns. Statuts wegen Zahlungsversäumnis ausgeschlossen. Hochachtend Die Direktion."

Kulant kann man ein derartiges Verfahren wohl kaum nennen. Nicht das Mitglied trägt die Schuld an der „Zahlungsversäumnis", sondern der Agent. Mögen die Arbeiter also aufpassen, wenn derartige Agenten sie zum Eintritt in eine Kasse auffordern. Nur durch Vorsicht können sie sich vor Schaden bewahren.

Zangenberg, 1. März. (E. B.) **Die Gemeindevertreterwahl** findet hier Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr im Reinhardtschen Lokale statt. Die behördliche „Einladung" ist diesmal in so famoser Weise geschehen, daß der größte Teil der Wähler überhaupt noch nicht weiß, wann die Wahl stattfindet. Die Zangenberger Arbeiter werden darauf dem Gemeindevorsteher die Antwort geben. Unsere Kandidaten sind: in der zweiten Abteilung: Albert Köhler, Hausbesitzer; in der dritten: Oskar Schröder, Hausbesitzer. Sorge jeder Genosse für genügendes Bekanntwerden des Wahltermins. Sage es einer dem anderen! Dann wird der Sieg unser, trotz aller kleinlichen Kniffe!

Querfurt, 1. März. (E. B.) **Ein schwerer Einbruch** ist in der Nacht zum Sonnabend in dem Goldwarengeschäft von Pfeiffer verübt worden. Die Schaufensterscheibe wurde zertrümmert und Uhren und Ringe im Werte von 2000 Mark gestohlen. Durch das Zertrümmern der Scheibe wurden Nachbarn aufmerksam. Der Einbrecher hielt diese jedoch mit einem Revolver in Schach. Ruhig steckte dann der Einbrecher seine Beute ein und verschwand. Am anderen Morgen wollte er nach Halle fahren, wurde jedoch nach kurzem Kampfe verhaftet. Ein Polizist wurde durch einen Schuß leicht verletzt. Der Einbrecher, Kellner Görner von hier, erhielt einige Säbelhiebe.

Schafstädt, 28. Februar. (E. B.) **Vom guten Ton.** Der Tierarzt Deblitz und der Rollfuhr-Unternehmer Simon von hier leben seit der Zeit auf gespanntem Fuße, seitdem ersterer nicht mehr Arzt der Pferde des Unternehmers ist. Sie beklagten sich gegenseitig vor dem Lauchstädter Schöffengericht wegen Beleidigung mit dem Erfolge, daß der Rollfuhr-Unternehmer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Gegen dieses Urteil hatte Simon Berufung bei der Halleschen Strafkammer eingelegt. Ferner erhob er gegen den Arzt Widerklage wegen Beleidigung. Und zwar deshalb, weil er von diesem schlankweg auf Postkarten usw. mit amtlicher Rollfuhrmann tituliert worden sei. Er sei für den Arzt kein Rollfuhrmann sondern der Herr Rollfuhrunternehmer. Die Beleidigungen des Simon stützten sich darauf, daß er eines Tages in eine Gastwirtschaft kam und über den Arzt allerhand faule Bemerkungen gemacht haben soll. So hatte er auseinandergesetzt, daß, wenn der Arzt von dem Wirt des Lokales an die frische Luft gesetzt würde, dann auch zwei wohlhabende Gäste wiederkommen würden. Dann hatte er sich in anzüglichen Worten über den großen Appetit des Arztes lustig gemacht und gesagt, so einen Doktor könne er auch machen. In England brauche man nur Geld dazu. Nach dem Verlassen des Lokales bestätigte ein Zeuge dem Herrn Rollfuhrunternehmer, daß er am betreffenden Tage den Arzt wieder einmal tüchtig gestichelt habe. Der Vertreter des Arztes berief sich in der Strafkammer Halle darauf, daß Simon im Verkehrsverzeichnis offiziell als „bahnamtlicher Rollfuhrmann" bezeichnet worden sei. Aus diesem Grunde könne man nicht verlangen, den amtlichen Rollfuhrmann als Herr Fuhrunternehmer zu titulieren. Uebrigens habe sich an Simons Tür früher ein Schild befunden, auf dem der Herr sich selbst als „amtlicher Rollfuhrmann" bezeichnet haben soll. Simons Verteidiger versuchte nachzuweisen, daß sein Mandant ein „Herr amtlicher Rollfuhrunternehmer" ist. Einen Mann, der sieben Pferde besitzt, könne man nicht als Fuhrmann bezeichnen. Insofern sei das Wort Fuhrmann zumal ohne Prädikat eine Beleidigung. Das Berufungsgericht schloß sich dieser Ansicht an und verurteilte den Arzt zu 5 Mk. Geldstrafe. Ferner ermäßigte das Gericht die gegen den Rollfuhrunternehmer von erster Instanz verhängte Strafe auf 50 Mk.

Wittenberg, 29. Februar. (E. B.) **Der Uebermut der Hausbesitzer.** Was sich Hausbesitzer manchmal ihren Mietern gegenüber herausnehmen, spottet geradezu jeder Beschreibung. Als sich ein in der Töpferstraße wohnhaftes Ehepaar gegen 11 Uhr abends nach seiner Wohnung begab, wollte es ein Zufall, daß beim Aufschließen der Haustür der Bart vom Schlüssel abbrach und das Ehepaar genötigt war, den Wirt herauszupochen. Es wäre nun eine Kleinigkeit für den Hauswirt gewesen, einen Schlüssel auszuhändigen. Aber weit gefehlt! Statt dessen ließ er sich zu Grobheiten hinreißen und empfahl schließlich den Leuten, einen Schlosser zu holen. Da sich in der Wohnung ein 3—4jähriges Kind befand, blieb den Leuten weiter nichts übrig, als dem „guten" Rat des Wirtes zu folgen. Man hatte nun einen Schlosser herausgepocht; dieser konnte aber die Haustür nicht öffnen. Mit Hilfe eines Hausschlüssels wäre ihm dies jedoch möglich gewesen. Das Ehepaar war somit durch die Launen des Wirtes gezwungen, die Nacht außerhalb der Behausung zu verbringen. Von allzu großer Nächstenliebe zeugt das Verhalten des Wirtes nun eben nicht.

Piesteritz, 1. März. (E. B.) **Feuer.** Am Freitag abend brannten die Gebäude des Bäckermeisters H. in Klein-Wittenberg. Durch schnelles Eingreifen gelang es der Feuerwehr, den Brand zu lokalisieren. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Torgau, 29. Februar. **Die Wahlprüfungskommission des Reichstages** hat, wie wir schon kurz mitteilten, die Wahl des Abgeordneten **Wilde**, Bürgermeisters von Elsterwerda, für gültig erklärt. Er ist bekanntlich in der Stichwahl gegen unseren Genossen **Fleißner** mit 13 775 gegen 7298 Stimmen gewählt worden. Der von sozialdemokratischer Seite eingelegte Wahlprotest rügte, daß Bürgermeister und Gemeindevorsteher Wahlaufrufe für Wilde unter Beifügung ihres Amtscharakters unterschrieben, was von der Mehrheit der Kommission in Konsequenz eines früher gefaßten Beschlusses als unbeachtlich angesehen wurde. Weiter wird gerügt, daß im Orte Warenbrück im Kreise Liebenwerda sozialdemokratische Stimmzettelverteiler an der Verteilung verhindert, indem sie sistiert und später mit einem Strafmandat bedacht worden seien. Auf eingelegte Beschwerde habe der Landrat Sorge geantwortet, daß der Oberpräsident eine Verordnung erlassen, wonach an Sonn- und Feiertagen alle öffentlich bemerkbaren Arbeiten zu unterbleiben hätten. Das Verteilen von Flugblättern und Stimmzetteln falle unter diese Bestimmung. Die Kommission beschloß, diesen Protestpunkt für **unerheblich** zu betrachten, da diese unzulässige Behinderung etwa zwei Wochen vor der Hauptwahl stattgefunden, die Partei also noch Zeit gehabt habe, die Wähler mit Agitationsmaterial und Stimmzetteln zu versehen. Weiter wird behauptet, daß in einigen Orten die Oeffentlichkeit ausgeschlossen und sozialdemokratischen Kontrolleuren, trotz genügender Legitimation, der Zutritt zu den Wahllokalen verweigert worden sei.

Die Kommission beschloß mit Rücksicht auf die große Mehrheit von 6477 Stimmen, mit welcher Wilde gewählt worden ist, von einer Beweiserhebung auch der für beachtenswert angesehenen Protestpunkte abzusehen und die Wahl für gültig zu erklären.

Merseburg, 2. März. (E. B.) **Blutige Schlägerei?** Gestern gegen Mittag brachten drei Polizeibeamte drei gefesselte junge Leute von der Polizeiwache nach dem Amtsgerichtsgefängnis. Die drei Verhafteten sollen bei einer Schlägerei einem Polizisten die Hirnschale eingeschlagen haben. Der Verletzte wurde im Krankenkorbe vom Platze getragen. Einige andere Verhaftungen wurden wieder aufgehoben.

Bürgerliche Berichterstattung.

Ueber die Wahlrechtsdemonstration der Braunschweiger Arbeiter haben deutsche Berichterstatter der Neuyorker Staatsztg. folgende verrückte Darstellung gegeben:

Braunschweig, 23. Januar. Auch hier haben gestern ernste Ruhestörungen stattgefunden. Gegen 6 Uhr abends versammelten sich etwa 6000 Sozialdemokraten und zogen unter Absingen der Arbeiter-Marseillaise und unter Rufen: „Gebt uns das allgemeine Wahlrecht!" vors herzogliche Palais. Die Polizei vertrieb den Zug; gegen 10 Uhr abends jedoch, als die Leute aus mehreren Entrüstungsversammlungen heimkehrten, kam es zu scharfen Zusammenstößen mit der Polizei. Aus der Menge wurde nach der Polizei mit Flaschen und Steinen geworfen, worauf diese mit blanker Waffe einhieb, wobei mehrere Personen verwundet wurden. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor.

Noch unsinniger wird einen Tag später berichtet. Da heißt es:

Regent in Gefahr. Herzog Johann Albrecht sollte in Braunschweig „aufgehoben" werden. Berlin, 24. Januar. Erst heute morgen ist hier bekannt geworden, daß bei den neulichen Wahlrechtsdemonstrationen in Braunschweig Herzog Johann Albrecht, der Regent, mit knapper Not dem „Aufheben" durch die wilde Menge entgangen ist. Die Demonstranten hatten das Theater, in welchem er einer Vorstellung beiwohnte, umstellt und warteten auf den Schluß der Vorstellung, um ihn förmlich zu entführen. Der Herzog erfuhr rechtzeitig davon und entfernte sich durch einen Seitenausgang nach dem ersten Akt. Zu den schon gemeldeten Unruhen kam es dann, als auf Befehl des Herzogs die Polizei die Menge auseinandertreiben wollte. Die Menge, die einsah, daß der Herzog ihr entkommen war, griff die Polizei so energisch an, daß diese mit blanker Waffe sich Raum schaffen mußte.

Schmok muß eben Sensation machen.

Parteinachrichten.

— **Unsere Toten.** In **Hamburg** starb im Eppendorfer Krankenhause der Genosse Ottomar **Neubern**. Auf Grund des Sozialistengesetzes wurde er in den 80er Jahren aus Hamburg ausgewiesen. In **Magdeburg**, wo er seine Arbeit für die Partei unerschrocken fortsetzte, wurde er in den **Geheimbundsprozeß** des Jahres 1887 verwickelt und zu sechs Monaten und acht Tagen Gefängnis verurteilt. Schwere Krankheit hat ihm das letzte Jahrzehnt seines Lebens verbittert. Zur Arbeit nahezu unfähig, ohne jeglichen Familienanhang, bei seiner Gewerkschaft ausgesteuert, verbrachte er seine Tage im Verkehrslokal der Maler in Hamburg, dessen Wirt ihm in uneigennütziger Weise Obdach bot. Mildtätige Hände sorgten dafür, daß ihm das Nötigste wurde . . . .

— Zur Taktik im Wahlrechtskampfe schreibt die vom Genossen **Südekum** herausgegebne Preußenkorrespondenz: In der Parteipresse scheint sich ein Streit um die Taktik im Wahlrechtskampfe entspinnen zu wollen. Auf der einen Seite glaubt man einseitig den Klassenkampf betonen zu müssen, auf der anderen ist man bemüht, alle Gegner des herrschenden Wahlrechts aufzurütteln und für den Kampf um das allgemeine gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu gewinnen. In eine Polemik einzutreten liegt uns fern; es gilt alle Kräfte gegen den Feind zu wenden; deshalb beschränken wir uns auf eine knappe Darlegung unserer Meinung über die beste Taktik. Daß der Klassenkampf das oberste Prinzip der sozialdemokratischen Partei ist, ist jedem Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen und wird und soll niemals verleugnet werden; das letzte Urteil über jede auftauchende Frage wird von diesem Standpunkte aus gefällt. Das Ziel der sozialdemokratischen Agitation ist es deshalb auch stets, diese Erkenntnis von dem Klassenkampfcharakter der geschichtlichen Entwicklung in die Köpfe der großen Massen zu bringen, die heute noch der Sozialdemokratie fern stehen — darüber kann es einen Streit nicht geben.

In diesem Augenblick handelt es sich aber einfach um die zweckmäßigste Taktik zur Lösung einer ganz bestimmten, in den Vordergrund des politischen Lebens gedrängten Frage. Hierbei kommt es uns zu statten, daß die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für Preußen auch im freisinnigen Programm steht, daß die Zentrumspartei offiziell für diese Forderung eintritt. Das muß uns veranlassen, die Anhänger jener Parteien, wenn sie auch ihrer Klassenlage nach zu uns gehören, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen ja gar keine rein sozialdemokratische sei, daß sie auf Grund ihres eigenen Programms im Kampfe um das Wahlrecht Seite an Seite mit uns fechten müßten.

Ganz richtig ist betont worden, daß die Taktik der Reaktionäre darauf gerichtet ist, Zwiespalt in die Reihen der Wahlrechtskämpfer zu säen, jedes Moment dick zu unterstreichen, daß sie — trotz des augenblicklichen, gemeinsamen Zieles im übrigen trennt. Das Gegenteil dieser Taktik müssen die ernsthaften Wahlrechtskämpfer befolgen. Augenblicklich handelt es sich um die Eringung des Reichstagswahlrechts für Preußen. — „Alle Kunst praktischer Erfolge besteht darin, alle Kraft zu jeder Zeit auf einen Punkt, auf den wichtichsten, zu konzentrieren und nicht nach rechts, noch nach links zu sehen. Blicken Sie nicht nach rechts, nicht nach links, seien Sie taub für alles, was nicht allgemeines, gleiches und direkte Wahlrecht heißt". Diese Worte Lassalles sollen uns zur Richtschnur dienen und sie müssen wir auch den Wahlrechtskämpfern in den anderen Lagern zurufen, ohne zu verheimlichen, daß der Gegensatz zwischen ihnen und uns nach errungenem Siege von neuem voll zum Ausdruck kommen soll. Daß diese Taktik Erfolg verspricht, beweisen uns schon die Vorgänge in den süddeutschen Bundesstaaten, die man nicht um theoretischer Liebhabereien willen beiseite schieben darf — Tatsachen sind härter als Theorien; die Theorie ergibt sich aus den Tatsachen und hat sich dauernd ihnen anzupassen — und Tatsache ist es, daß die Wahlrechtsreform in Bayern mit dem Zentrum, in Württemberg und Baden mit Liberalen und Demokraten gemeinschaftlich gemacht wurde. Nicht die Hoffnung auf Gewinn, wohl aber die Furcht vor Verlusten in ihrem Wähleranhang kann die Führer des Zentrums und der Liberalen auch bei uns in Preußen zu wirklicher Förderung des Wahlrechtskampfes zwingen; und dieser Zwang wird um so sicherer eintreten, je mehr ihre Wähler auch von uns darüber aufgeklärt werden, daß unsere augenblickliche Forderung ja auch eine Forderung ihres Programms ist. Sollten die Dinge aber so liegen, daß — wie ein Teil unserer Prateipresse behauptet — Liberale und Zentrum in Preußen das Reichstagswahlrecht gar nicht ernsthaft fordern können, so ist es ganz gewiß nicht unsere Aufgabe, den theoretischen Nachweis hierfür zu erbringen; das mögen die Herren selbst tun, wenn sie von ihren durch uns aufgeklärten Wählern auf Grund ihres eigenen Parteiprogramms gedrängt werden; — die offizielle Preisgabe dieser Forderung würde zur Aufklärung über die Klassengegensätze ungleich wirksamer sein, als jede Agitation unsererseits. Unsere Taktik wird es deshalb sein müssen, immer und immer wieder zu betonen, daß die Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen keineswegs eine besondere sozialdemokratische Forderung sei, daß sie im freisinnigen Programm stets und vom Zentrum vertreten werde und daß es ein Verrat der Führer jener Parteien an ihrem Programm und an ihren eigenen Wählern sein würde, wollten sie im jetzigen Augenblick, wo die ganze politische Lage nicht nur in Preußen sondern in ganz Deutschland auf den preußischen Wahlrechtskampf zugespitzt ist, nicht mit aller Kraft in den Kampf eintreten.

— **Ihrer Aemter enthoben** wurden in Chemnitz der Vorsitzende der Ortskrakenkasse, Gen. Hauschild, und das Ausschußmitglied Gen. Landgraf. Der Rat der Stadt hat „festgestellt", daß beide ihre Amtspflichten verletzt haben. Wir werden morgen darüber berichten.

Gewerkschaftliches.

Ohne Kampf hat der Verband der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen in Liegnitz mit Hilfe des Gauleiters Clement beachtenswerte Erfolge erzielt. Bei sechs Firmen erhielten die Roller eine Lohnzulage von 10—15 Prozent, so daß sie jetzt einen Minimallohn von 4,75 Mk. fürs Tausend haben; auch den Wickelmacherinnen wurden Lohnzulagen von 10—20 Prozent zugestanden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Strafkonto der Presse.** Vor dem Schöffengericht **Charlottenburg** wurde am Freitag der Genosse **Gruber** von der **Münchener Post** auf die Privatklage des bekannten nationalliberalen Politikers Prof. Leidig hin wegen Beleidigung zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Es handelt sich um dasselbe „Delikt" gegen Leidigs Ehre, wegen dessen Genosse Perner von der Brandenburger Zeitung jüngst vor demselben Gericht zu derselben Strafe verurteilt wurde. Wegen Beleidigung zweier Polizeibeamten wurde Genosse **Hoffmann** von der **Freien Presse** zu **Elberfeld** von der Strafkammer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. — **Eine neue Anklage** wurde vom Landgericht in **Rostock** dem Genossen **Kühn** von der **Mecklenburger Volksztg.** zugestellt. Die Anklage soll gestützt werden auf § 110 des Strafgesetzbuches in Konkurrenz mit § 113, und zwar handelt es sich um „Aufreizung" gegen die Verfügung des Berliner Polizeipräsidiums von wegen der Straßendemonstrationen am 12. Januar dieses Jahres in Berlin. Die Mecklenb. Volksztg. soll in einem **Feuilleton** ihrer Nummer 25 vom 30. Januar das Volk zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgefordert haben.

Aus dem Reiche.

Berlin. Opfer einer Wahrsagerin. Die 21jährige Ballettänzerin Reitzenstein aus Ossy in Böhmen hat sich hier durch einen Schuß ins Herz getötet. Seit zwei Monaten wohnte die junge Dame, die in Berlin eine Stellung zu finden hoffte, in einem Pensionat. Sie unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem Dekorationsmaler. Wahrsagerinnen, die sie in ihrer freien Zeit besuchte, redeten ihr ein, daß ihr Geliebter ihr untreu sei und sie sich deshalb vor ihrem 23. Lebensjahre erschießen werde. Die Tänzerin nahm sich diesen Unsinn zu Herzen, kaufte einen Revolver und erschoß sich im Atelier des Malers.

Essen. Opfer des Bergbaues im Industriegebiet. Auf Schacht 1 und 2 der Zeche Ewald bei Herten geriet der Bergmann Georg Bohaczik unter niedergehende Kohlenmassen und trug lebensgefährliche Verletzungen davon. — Auf derselben Zeche Schacht 3 und 4 wurde der Bergmann Kaczmarzik infolge eines zu früh losgegangenen Sprengschusses getötet. — Auf der Zech v. d. Heydt bei Herne stürzte der 53jährige Maschinist Uhlenbruck in einen Schacht und starb an schwerer Gehirnerschütterung. — Auf Zeche Matthias Stinnes in Carnap geriet der Bergmann Kahler unter einen abgleitenden Stempel und starb an den Folgen eines Schädelbruches. — Der Bergmann Heilkamp stürzte auf Preußen 1 bei Gahmen in einen 9 Meter tiefen Schacht und wurde lebensgefährlich verletzt. — Getötet wurde auf dem neuen Schacht der Zeche Prosper in Borbeck der Bergmann Kahl aus Rentforth bei Gladbach, indem ihm ein dicker Stein aus dem Hangenden auf den Nacken fiel und ihm die Halswirbelsäule durchbrach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0007

An die Tabakarbeiter Deutschlands.

Auf die Schanzen! So riefen wir euch unter dem 25. November vorigen Jahres zu. Heute sagen wir: **Gewehr bei Fuß!** In Ausführung unseres Rufes vom November haben die Kollegen und Kolleginnen unsern Erwartungen in reichem Maße entsprochen, durch Abhaltung vieler hunderte von Protest-Versammlungen, durch persönliche Agitation in allen interessierten Kreisen, durch Aufforderungen und Anfragen an die Vertreter vieler Reichstags- Landtags- und Gemeindewahlkreise. Alles dieses konnte nur ermöglicht werden durch Aufbringung der dazu notwendigen Munition (Gelder).

Was uns zu der Parole: Gewehr bei Fuß! jetzt veranlaßt, ist die öffentlich bekannt gewordene Mitteilung, daß der bisher ängstlich geheim gehaltene **Banderolesteuer-Gesetzentwurf** aus dem Bundesratsausschuß zurückgezogen sei, wenn das auch nur als **„vorläufig"** zu betrachten sei. Des weiteren wurde bekannt, daß der bisherige Reichsschatzsekretär v. Stengel, der Vater dieser Vorlage, über seine unglückliche „Finanzreform" stolperte, zumal ihm die geplante Ueberrumpelung vollständig mißlang.

Auf der Suche nach einem neuen Reichsschatzsekretär hat sich nun ein solcher in der Person des bisherigen Unterstaatssekretärs Sydow gefunden. Wie Kundige wissen wollen, soll der Herr eine nicht zu feinfühlige Draufgängernatur sein und den schneidigen Bureaukraten herauskehren.

Kollegen! Ueberdenkt, was dies für uns bedeutet: Eine andere Nummer, jedoch derselbe Faden! Auch er wird der Vermehrung und Neueinführung **direkter Steuern** aus dem Wege gehen; dahingegen werden seine Finanzpläne auf eine Erhöhung bereits bestehender und Einführung **neuer indirekter Steuern,** darunter sicher solche auf Tabakfabrikate, hinauslaufen.

Kollegen und Kolleginnen! Wenn wir oben sagten: **Gewehr bei Fuß,** so meinen wir damit, daß ihr unseres Rufes **zu jeder Zeit gewärtig** sein müßt, um wieder, wenn nötig, auf die Schanzen zu eilen. Um dieses noch geschlossener tun zu können, fordern wir von euch, in allen Bezirken die vorhandenen Organisationen bestehen zu lassen, sie auszubauen, was in der kurzen Kampfperiode vielleicht nicht möglich gewesen ist, um auf den zweifellos bald wieder beginnenden Kampf vorbereitet und gerüstet zu sein.

In allen den Orten, welche es bisher unterlassen haben, Kommissionen zu bilden, ist solches schleunigst nachzuholen, den zuständigen Bezirksleitern Mitteilung zu machen und nur mit denselben in steter Verbindung zu bleiben; in den Orten, wo die Kollegen und Kolleginnen die Sache lässig betreiben, ist es Sache der Bezirksleiter, dort energisch nachzuhelfen.

Halten wir Rückschau, so können die Tabakarbeiter Deutschlands ohne Ueberhebung wohl mit Fug und Recht sagen, auf die Reichstagsabgeordneten derartig eingewirkt zu haben, daß man es dem Reichsschatzsekretär nahe legte, seine Pläne aufzugeben.

Da der neue Mann mit verschärften neuen Entwürfen zu fürchten ist, so haben die Tabakarbeiter um so mehr die Pflicht, noch gerüsteter zu sein als vorher. Zu diesem Zweck wäre auch die Referentenfrage mehr als bisher ins Auge zu fassen, jeder Ort muß sich selbst zu helfen suchen. Der Tabakarbeiter bringt in jeder Nummer reiches Material für jüngere Kollegen, welche sich zu diesem Zwecke ausbilden wollen. Des weiteren verweisen wir auf die von uns versandte Schrift. Diese Schrift: **Die Tabaksteuerfrage und ihre Entwicklung,** soll in erster Linie dem Zweck dienen, die Kollegen mit der geschichtlichen Entwicklung der Tabaksteuer vertraut zu machen, ihnen die unheilvollen Wirkungen der bisherigen Belastungen und auch die Wirkungen der beständigen Bedrohungen an der Hand der Tatsachen vorzuführen.

Also Kollegen! Frisch ans Werk!

Um die Abrechnung der **bis jetzt** eingegangenen Gelder abschließen zu können, ersuchen wir die Kollegenschaft, welche sich im Besitz von Sammellisten befindet, solche unverzüglich, spätestens aber bis zum 8. März cr., mit denen abrechnen zu wollen, von welchen sie die Listen bezogen. Den Bezirksleitern liegt die Pflicht ob, durch die an ihrem Wohnort bestehende Kommission ihre Abrechnung prüfen und durch den Tabak-Arbeiter veröffentlichen zu lassen. Alle überschüssigen Gelder sind sofort an Ludwig Walter, Berlin N. 37, Weißenburgerstr. 75 IV, einzusenden.

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.
Wilhelm Boerner, Berlin, Ritterstraße 15
Karl Butry, Berlin, Stralsunderstraße 41 III.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Telephonischer Spezialdienst des Volksblattes.

Paris, 2. März. Nach einer Meldung des Generals d'Amade hat wiederum ein ernster Zusammenstoß zwischen den französischen Truppen von Casablanca und den Marokkanern stattgefunden, der von 6 Uhr morgens bis Sonnenuntergang dauerte. Die Franzosen verloren 13 Tote und 30 Verwundete. Die Verluste der Marokkaner sollen sehr groß sein.

Rom, 2. März. Nach einer Meldung des Giornale d'Italia soll Nasi vom Könige am 14. März, dem Geburtstage König Humberts begnadigt werden.

Neuyork, 2. März. Nach einer Statistik des Generalrats des Arbeiter-Verbandes der Vereinigten Staaten sind in Neuyork und Chikago dreißig Prozent aller Arbeiterkategorien beschäftigungslos.

Letzte Nachrichten.

Karlsruhe, 2. März. Im Geistlichen-Seminar der Universität Freiburg wurde badischen Blättern zufolge gestern das **Lesen von Schillers und Goethes Werke unter strenger Strafandrohung verboten.** Eine für gläubige Katholiken zensierte Ausgabe der Goetheschen und Schillerschen Dichtungen wurde bedingungsweise freigegeben.

Brieg (Schweiz), 2. März. Vorgestern abend um 7½ Uhr ging eine ungeheure Lawine in Göppenstein nieder. Das von französischen Bauunternehmern bei Löschberg-Tunnel errichtete Hotel und die Post wurden durch den Luftdruck weggerissen, während die Angestellten des Tunnelunternehmens gerade im Speisezimmer des Gasthauses zu Abend aßen. **13 von ihnen wurden getötet, 15 verwundet, 4 davon schwer.**

Petersburg, 2. März. Das Gerücht, Stolypin hat demissioniert, wird entschieden dementiert werden.

Quittung.

Zeitz. Zur Gründung eines eigenen Parteiblattes gingen ein: Extratour beim Vergnügen des Sozialdemokratischen Vereins 9.35 Mark. H. Renner. A. O. 50 Pfg. A. Leopoldt.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Däumig in Halle.

Man verlange ausdrücklich ✦ **MAGGI's Würze** mit dem Kreuzstern und weise Nachahmungen zurück!

„MAGGIs gute, sparsame Küche"

Anatomisch-physiologische Heil- und Kunstanstalt für Fussleiden.
Unentbehrlich für jeden Nerven-, Gicht- u. Rheumatismusleidenden.

Anfertigung von ordopäthischer Fussbekleidung jeder Art.
— Weitgehendste Referenzen. —
Broschüre post- und kostenfrei.
Joh. Jajszycek,
Schuhmachermeister und Fusstechniker,
Halle a. S., Krukenbergstr. 18. Telephon-Nr. 1996.
Geöffn. v. 7 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Sonntags v. 7—9 u. 11¼ – 2 Uhr.

Dr. Thompson's Seifenpulver

spart
Arbeit, Zeit, Geld.
½ ℔ Paket **15** Pfg.

Karl Eckhardt's Restaur. u. Speisewirtschaft
Plännerhöhe 41.
Dienstag den 3. März 1908

Grosses Schlachtefest.
Es ladet freundlichst ein Karl Eckhardt u. Frau.

Konsum-Verein, Weissenfels.
Die **Lagerhalterstelle** bei uns ist besetzt und danken wir allen Bewerbern für ihre Bemühungen.
Der Vorstand.

Halloren-Kakao billiger:
Preis für 1 Pfund nur **1.00**
Dieser Kakao eignet sich zum täglichen Genuss und garantiere ich für reine, gutschmeckende Qualität
Grossrösterei „Halloria"
Otto Bornschein.

Eleg. Kleidersekretäre, nur 27 M., **Vertikows** 35 M., Sofa 47 M., Schreibtische 36 M., Bettstellen, Matratzen, Stühle verk. billig **K. Bieler,** Albrechtstr. 39.

Werkstatt, sofort od. 1. Juli zu verm. Elektr. Kraft- u Gasanlage vorh. **Göthestr. 16.**

Seefische billiger **Pfund 16 Pf.**
Verkauf Dienstag Hallmarkt.
W. Busch,
Wittekindstr. 44.

Tüchtige
Hosen- u. Westen-Schneider für Maßarbeit sofort gesucht.
S. Weiss.

Gasthof Luckenau.
Zu dem am **Sonntag, den 8. März** stattfindenden
:: **Stiftungsfest** ::
verbunden mit BALL und Aufführung lebender Bilder des **Arbeiter-Gesangvereins „Sängerlust", Luckenau** wartet mit Speisen u. Getränken bestens auf **R. Herzog.**

Achtung!
„Zur fröhlichen Wiederkehr",
Kraufenstraße 1.
Dienstag den 3. März
Pfannkuchen-Schmaus
mit Nasen-Abend.
Zwei Preise.
Freundlichst laden ein
Rob. Oehmichen. Franz Werner.

Achtung! Teuchern.
Wo bekommt man schnell, gut und preiswert
seine Schuhwaren
repariert, ebenso Bestellungen nach Maß? Nur bei
Gust. Enders, Pegauerstr. 6.
Auch sind daselbst ein großer Posten **getragener, aber tadelloser Militär-Schnürschuhe** preiswert zu verkaufen. D. O.

Hustenbonbon,
tägl. frische Fabrikation empfiehlt ¼ **Pfund** zu **10 Pfennig.**
Fr. Donner,
Gr. Steinstr. 68, Leipzigerstr. 65.

Konfirmanden-Kleider
fertigt
Max Berndorffs Schneiderei
sauber und billig
Geiststr. 42. Geist tr. 42.

Rossfleisch
sowie alle ff. Wurstwaren von **August Thurm** empfiehlt
H. Andrä, Gr. Brunnenstr. 50.
Tägl. v. 5 Uhr ab: Warme Würstchen.

Achtung! Naundorf. Achtung!
Ein Wohnhaus mit etwas Garten ist für 8000 Mk. zu verkaufen. Anzahlung 2—3000 Mk. Mietsertrag 552 Mk.
Willy Zeischold, Naundorf b. Deuben.

Achtung, Schuhmacher!
Ein **Laden** mit Wohnung bill. zu vermieten **Königstr. 56.**
Preis 530 M., auch zu jedem anderen Geschäft passend.

× **Goldenes Kettenarmband** ohne Sicherheitskette mi. **blauem Stein verloren.** Geg. **hohe Belohn.** abzug. **Thomasiusstr. 1, II, r.**

...ums-, Kohlen- u. Asche-Fuhren w. a. **M. Schneegass,** Kl. Ulrichst. 36 II I.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle-Süd. Steinweg 2, 28. Febr.

Aufgeboten: Vorzeichner Schneemann und Martha Höfer (Delitzscherstr. 78 und Marthastraße 23). Schlossermstr. Nebel und Anna Richter (Delitzsch und Zinksgartenstr. 3). Korrespond. Kühn und Martha Hönemann (kl. Sandberg 5 und Leipzig). Postbote Werner u. Klara Bahn (Querfurt und Liebenauerstr. 10). Assistent Befort u. Wally Lutz (Jakobstr. 17 und Pfälzerstr. 21) Lokomotivführer Kluge und Kya Franz (Bitterfeld und Große Märkerstr. 21). Kontorist Engelmann u. Margarete Kretzschmar (Friesenstr. 24 u. Seebenerstr. 62). Musiker Kohl und Frida Zibell (Bochum und Leipzig). Kaufm. Kahn und Rosa Rosenberg (Düsseldorf und Atteln). Prakt. Arzt Dr. med. Birth und Luise Hege (Halle und Bromberg). Heizer Neumann und Emma Spengler (Canena u. Eisdorf). Stadtbahnschaffner Jauck und Theresia Schramm (Halle und Raßnitz). Kaufm. Göde und Ernestine Jahn (Halle u. Charlottenburg). Landwirt Schönbrodt u. Ida Gruhne (Sitzenroda). Maurer Hampel und Luise Pfau (Ermsleben u. Sinsleben).

Geboren: Trompeter Kallenberg S. (Merseburgerstraße 93). Schneidermeister Müller S. (Taubenstraße 9). Postboten Lange T. (Volkmannstraße 10). Eisenbahn-Bau-Assistent Pierner S. (Südstraße 11). Arbeiter Langsam T. (Trödel 1). Arbeiter Knittel S. (Weingärten 35). Arbeiter Gehrmann T. (Merseburgerstraße 109). Kesselschmied Raue T. (Martinstraße 22). Asphalteur Raspe Zwillinge S. und T. (Große Steinstraße 10). Konditor Zorn T. (Leipzigerstraße 8).

Gestorben: Kaufm. Michael 42 J. (Pfälzerstr. 1). Pauline Fleckinger, 69 J. (Neunhäuser 3). Arbeiter Kürschner aus Dettersdorf, 40 J. (Klinik). Lehrling Hintsch aus Dessau, 17 Jahre (Klinik). Arbeiter Pötich aus Strehla, 53 J. (Grünstr. 7/8). Böttcher Kinder, 78 J. (Beesenerstraße 10). Generalagent Wollmann, 55 J. (Liebenauerstr. 5). Postschaffner a. D. Scheidig, 73 J. (Niemeyerstr. 25). Arbeiter Alte Tocht., totgebor. (Bechershof 11). Arbeiters Strich Tocht., totgeboren (Schlosserstraße 10). Schlosser Straubel aus Diemitz, T., 3 J. (Klinik). Arb. Brink T., 1 J. (Zwingerstr. 17). Häuer Engelmann aus Helbra S., 3 J. (Klinik). Rangierer Kaffchinski, 24 J. (Alter Markt 13). Anna Eckelmann, 36 Jahre (Friedrichstraße 65).

Halle Nord, Burgst. 38, 27. Febr.

Aufgeboten: Berg-Ingenieur Kunze und Margarete Conrad geb. Weise (Charlottenburg und Kaiserstr. 23). Buchhalter Edner und Ottilie v. Ahlefeldt (Herderstraße 19).

Geboren: Maurer Semmler T. (Gr. Gosenstr. 29). Arbeiter Schömburg T. (Oppinerstr. 16). Arbeiter Zachäus T. (Goethestraße 26). Gymnasial-Lehrer Haase S (Karlstr. 28).

Gestorben: Arbeiters Thamm S., 1 Wch. (Am Kirchtor 26). Gerichts-Aktuar Schneider aus Wismar, 50 J. (Nervenklinik).

28. Februar.

Eheschließung: Straßenbahnschaffner Bonse und Marianne Hampe (Wittekindstr. 7).

Geboren: Handelsgärtner Schumann T. (Dessauerstr. 48b). Arbeiter König gen. Stoltze S. (Schillerstraße 58). Magistrats-Diätar Naundorf T. (Adolfstraße 4). Arbeiter Becker S. (Dölauerstraße 20). Installateur Schmidt T. (Wielandstraße 31). Oberfeuerwerker Meyer Tocht. (Mühlweg 35).

Gestorben: Hausmann Hausherr, 56 J. (Wettinerstraße 9). Arbeiters Schelenz Ehefr. Luise geb. Augustin, 52 J. (Rosenstraße 2). Inv. Arbeiter Brömme, 81 J. (Brachwitzerstr. 3). Straßenbahnschaffners Bölke Ehefr. Ida geb. Leonhardt, 35 J. (Schillerstraße 37).

Entstehung der Welt.
Von **Joh. Jedlicska.**
Prachtband nur **3.00 M.**

Bilder a. d. Weltkunde.
Von **Hummel.**
Nur **2.75 M.**

Tolstois Werke.
4 Bände nur **10.00 M.**

Das Leben Jesu.
Von **Renan.**
Gut geb. nur **1.50 M.**

Das Leben Jesu.
Von **D. Fr. Strauss.**
Zwei Teile **2.00 M.**

Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/43.

Ernst Häckel
Volksausgabe. Preis 1 M.
Volksbuchhandlung.
Halle a. S., Harz 42/43.

Nordsee-Halle.

Warum kaufen Sie noch andere Salz-Heringe als wie unsere
Riesen-Lachsheringe?
Weil Sie noch nicht wissen, daß unsere
Riesen-Lachsheringe
viel fetter und zarter als andere Heringe sind.
Wir bringen diese großen Heringe — 3 Stück wiegen ca. 2 Pfund — **gesalzen und auch mariniert pro Stück**
mit 10 Pfg.
zum Verkauf.
Besonders zu Heringssalat zu empfehlen. **Rezepte zur Herstellung der so beliebten**
Gabelbissen
gratis.
Nordsee-Halle,
der Deutsch. Dampfischerei-Gesellschaft „Nordsee",
Gr. Ulrichstr. 53.

Gesucht Personen zum Verkauf meiner praktisch., leicht verkäuflichen **10 Pf.-Artikel** bei hohem Verdienst.
E. K. Thieme, Altenburg S.-A.

Korallenkette verl. Geg. Bel. abzug. **Göbenstraße 26 I, r.**

Makulatur verkauft die **Genossenschaftsdruckerei.**

Volkspark.
▫▫ **Kräftiger** ▫▫
Mittagstisch.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219080303-13/fragment/page=0008